

DEUTSCHE **POLIZEI**

SEPTEMBER 2015 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



**BePo-Einsätze:
Veränderte Sicherheitslage
mit neuen Gefahren**

VDP KALENDER-PROGRAMM 2016

Bild-Wandkalender Polizei 2016

Format 30 x 40 cm
Einzelpreis 13,90 €

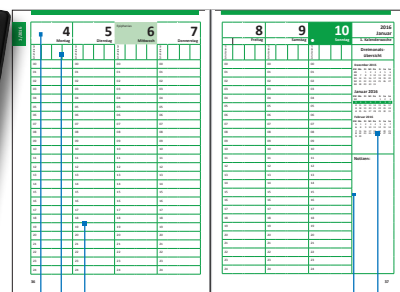
Der Wandkalender mit zwölf Motiven aus dem Polizeibereich. Mit Wire-O-Bindung und im Format 30 x 40 cm ausgestattet, ist er nicht nur für die Dienststelle ein wahres Schmuckstück, sondern ist in jedem Fall auch ein tolles Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel.



Polizeiterminer 2016

Format 16,5 x 24 cm
Einzelpreis 4,90 €

Der Terminer ist in seinem Aufbau und Inhalt speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten. Er ist übersichtlich gestaltet und durchgängig farbig. Ein hochwertiger Einband und die repräsentative Reliefprägung sorgen dafür, dass er überall einen bleibenden Eindruck hinterlässt. Dank der strapazierfähigen Fadenheftung bleibt der Terminer auch über lange Zeit sehr gut in Form.



24-Stunden-Planer
Schichtdienst-Planer
Alle Wochentage auf einen Blick
Zusätzliches Feld für persönliche Notizen
Dreimonatsübersicht

Unser besonderes Angebot



Wandkalender



Polizeiterminer

Im Paket nur
14,90 €!



Alle Preise zuzüglich 3,50 € Versandkosten. Ab Auftragswert von 50,00 € versandkostenfrei.
Buchhandels-Bestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de



Polizistinnen und Polizisten machen Erfahrungen mit Gewalt gegen Dritte, die eigene Person oder gar mit dem Tod. Wer kümmert sich um Einsatzkräfte, wenn diese nicht von sich aus um Hilfe bitten? **Seite 19**

INTERVIEW



Dieter Burgard gesteht: „Klar, ich kann auch mal lästig sein“. Er sieht sich als Problemlöser auf Augenhöhe. DEUTSCHE POLIZEI sprach mit dem ersten Polizeibeauftragten Deutschlands. **Seite 23**

INTERNATIONALES



Fotos (3): Zitelzko

Eine chinesische Delegation informierte sich im Berliner GdP-Bundesvorstand über die Struktur, gesellschaftliche Position und Aufgaben der Gewerkschaft der Polizei. **Seite 33**

INHALT **September 2015**

- 2 **AKTUELL** Ausstattung der Bereitschaftspolizeien dringend verbessern – Brief der GdP an Bundestagsausschüsse
- 3 **TIPPSPIEL** Erster Tagessieger erringt Stadionkarten
- 4 **TITEL/BEREITSCHAFTSPOLIZEI**
BePo-Einsätze: Veränderte Sicherheitslage mit neuen Gefahren
- 8 **TITEL/INTERVIEW**
„Oftmals Belastungen bis ans Maß des Erträglichen“
- 11 **TITEL/GESCHICHTE** Die Bewältigung von Großlagen unter polizeihistorischen Aspekten
- 17 **AUS DEN LÄNDERN** Fachtagung der GdP Niedersachsen erörtert Flüchtlingssituation
- 18 **VERANSTALTUNG** GdP bei Polizeitagen 2015
- 19 **GESUNDHEIT** Selbstständige Bewältigung von belastenden Situationen – Kriseninterventionsteams stark gefragt
- 21 **RUHESTAND** GdP-Senioren bei Deutschem Seniorentag in Frankfurt
- 22 **EHRENAMT** GdP-Mitglied und Olympiasiegerin Miriam Welte neue Botschafterin des WEISSEN RINGS
- 23 **INTERVIEW** Problemlöser auf Augenhöhe
- 26 **VERKEHR** Europäischer Führerscheintourismus: Missbrauch unterbinden 
- 33 **INTERNATIONALES** GdP empfing hochkarätige chinesische Delegation
- 35 **BÜCHER** „Authentischer Bericht aus dem Polizeialltag“
- 35 **KINOTIPP** „Staatsdiener“ – Dokumentarfilm über Polizeiausbildung
- 37 **TARIF** Stand der Entgeltordnung VKA
- 37 **BUNDESFACHAUSSCHUSS** GdP-Wasserschützer nehmen Fahrt auf
- 38 **JUNGE GRUPPE**
- 39 **FORUM**
- 40 **BÜCHER/IMPRESSUM**





Ausstattung der Bereitschaftspolizeien dringend verbessern – Brief der GdP an Bundestagsausschüsse

Die Vorsitzenden des Innen- und Haushaltsausschusses des Bundestages haben Post von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) erhalten. In dem Brief, der vom stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Jörg Radek unterzeichnet ist, wird angesichts des jetzt im Bundestag und Bundesrat vorgelegten Bundeshaushaltsplans 2016 nachdrücklich auf Probleme bei der Ausstattung der Bereitschaftspolizeien (BePo) der Länder mit Führungs- und Einsatzmitteln (FEM) hingewiesen.

Nach GdP vorliegenden Informationen, so heißt es in dem Schreiben, besteht „ein nicht unerhebliches Finanzierungsdefizit“ seitens des Bundes gegenüber den Ländern hinsichtlich der Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder mit den FEM. „Wir brauchen jedoch Bereitschaftspolizeien, die modern und zeitgemäß ausgestattet sind“, betont die Gewerkschaft. Als Beispiele wurden Funk, Kraftfahrzeuge und Bewaffnung genannt. Die einheitliche Ausstattung der Bereitschaftspolizeien der Länder mit FEM durch den Bund gewährleiste eine sachgerechte und standardisierte Aufgabenerfüllung.

Keine zusätzlichen Finanzmittel

Ein Schwerpunkt im Finanzplan des Bundes für das kommende Jahr sieht vor, den Bereich der Inneren Sicherheit durch zusätzliche Mittel erheblich zu stärken. Im Koalitionsvertrag vom 14. Dezember 2013 wurde außerdem vereinbart, dass „die Bundesregierung gut qualifizierte und ausgestattete Bereitschaftspolizeien vorhalten will. Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Bereitschaftspolizeien der Länder ist jedoch auch im Bundeshaushalt 2016 nicht berücksichtigt worden. Damit entspricht der Haushalt in diesem Punkt auch nicht dem Koalitionsvertrag“, wird in dem Brief der GdP an die Bundestagsabgeordneten kritisch hervorgehoben.

„Wir stellen fest, dass die Dauer und Anzahl der länderübergreifenden Einsätze der Bereitschaftspolizeien in den letzten Jahren erheblich angestiegen



Foto: Rembert Stolzenfeld

sind. Damit einhergehend stellen wir auch fest, dass die Haushaltsmittel für die Bereitschaftspolizeien in dem Zeitraum von 2010 bis 2015 im Soll um 1,5 Millionen Euro gekürzt wurden“, mahnt die GdP an, um zugleich hinzufügen: „Mehr Einsätze bedeuten jedoch auch einen höheren Verschleiß beziehungsweise Verbrauch bei den Führungs- und Einsatzmitteln. Diesem Umstand wird jedoch im Bundeshaushalt 2016 nicht Rechnung getragen. Die Altersstruktur der Fahrzeuge gibt Anlass zu Beanstandungen. Der Fahrzeugpark bei den Bereitschaftspolizeien ist dringend zu verjüngen. Viele Fahrzeuge sind in einem Alter von 11 bis 20 Jahren. Ältere Fahrzeuge werden zur Aufrechterhaltung der Mobilität nur

ausgesondert, wenn neue Fahrzeuge zugewiesen werden oder eine Wiederherstellung oder Reparatur nicht möglich oder unwirtschaftlich ist. Bei einer Verjüngung des Fahrzeugparks sind die notwendigen Sicherheitsstandards und die Vorschriften des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit zu beachten.“

Modifizierung der Körperschutzausstattung angemahnt

Gefordert wird auch, so die GdP weiter, dass die Bereitschaftspolizeien der Länder mit Halbgruppenfahrzeugen ausgestattet werden, die dem aktuellen technischen Standard entsprechen. „Wir verzeichnen eine zunehmende Gewalt, denen sich die eingesetzten Kräfte der Bereitschaftspolizeien ausgesetzt sehen. Dringend notwendig ist hier eine Modifizierung der Körperschutzausstattung (KSA) – leicht und schwer. Dabei zu berücksichtigen ist die Dauer der Tragezeit anlässlich eines Einsatzes“, betont die größte Interessenvertretung der Polizistinnen und Polizisten. Durch das Tragen der KSA seien Gesundheitsschäden beziehungsweise -gefahren zu verhindern. Bei der momentan zur Verfügung gestellten Ausstattung seien diese

jedoch nicht auszuschließen. Auch den anatomischen Anforderungen von Polizistinnen sei Rechnung zu tragen.

„Wir fordern auch“, so die GdP, „dass der Bund eine Überprüfung vornimmt, welche Distanzmittel für die Bereitschaftspolizeien geeignet sind oder weiterentwickelt werden können, die zum Schutz der eingesetzten Kräfte eingeführt werden sollen. Die Einführung von Gummigeschossen scheidet dabei für uns aus.“

Abschließend appelliert die GdP an die Volksvertreter, die gewerkschaftlichen Forderungen zur Ausstattung der Bereitschaftspolizeien bei Ihren Beratungen zum Bundeshaushalt 2016 zu berücksichtigen. **wsd**



Erster Tagessieger erringt Stadionkarten

Das neue GdP-Bundesliga-Tippspiel ist Mitte August gleich mit einer engen Entscheidung gestartet. Nachdem die Münchner Bayern im Saisonöffnungsspiel den Hamburger SV mit fünf zu null Toren abgefertigt haben, verblieb auch der erste GdP-Tippspiel-Tagessieger in südlichen Gefilden. Thomas Denner, ein Kollege der bayerischen Bereitschaftspolizei, hatte allein drei Spiele komplett richtig vorhergesagt und nur bei zwei Partien falsch gelegen. Das reichte aus, um mit einem Punkt Vorsprung unangefochten den ersten Platz zu belegen.



Das Hamburger „Volksparkstadion“.

Foto: Claus Bergmann/dpa

Der glückliche Gewinner mit dem Tipper-Pseudonym „Thomade“ hatte sich dann auch gleich das Match der Schwarz-Gelben gegen den amtierenden Meister aus der Weißwurst-Metropole gewünscht. Das Topspiel der beiden dominierenden Teams der letzten Jahre im imposanten „SIGNAL IDUNA Park“ wird in der Saison-Rückrunde am 25. Spieltag stattfinden.

Wer ebenso wie Kollege Denner den BVB gegen die Bayern live im Dortmunder Hexenkessel erleben möchte, sollte möglichst bald einen Spieltag für sich entscheiden. So großzügig die Signal Iduna Karten bereithält, so endlich ist das verfügbare Ticket-Kontingent des GdP-Kooperationspartners. Und das natürlich vor allem bei absoluten Topspielen.

Der Tagessieger des letzten Bundesligaspieltages kann sich übrigens zwei Karten für ein HSV- oder BVB-Heimspiel der Hinrunde der Saison 2016/2017 sichern.

Nach dem erfolgreichen Start des GdP-Bundesliga-Tippspiels hat sich

die Signal Iduna nunmehr zusätzlich bereit erklärt, Heimspielkarten von Borussia Dortmund auch für den DFB-Pokal und die Euro League künftigen Tagestippsiegern anzubieten.

Rund 700 Einzeltipper wetteifern seit dem ersten Anpfiff um die vom GdP-Tippspiel-Kooperationspartner „SIGNAL IDUNA Gruppe“ ausgelobten Fußballtickets für Heimspiele des BVB und des Hamburger SV. Außerdem traten zum Stand des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe 36 Teams zum Wettstreit um den Gesamtsieg an. Weitere Tipper sind herzlich eingeladen.

Der Einstieg in das GdP-Tippspiel ist zu jeder Zeit möglich. Selbst der Gesamtsieg ist durch den klugen Einsatz von Jokern, mit dem sich errungene Punkte verdoppeln lassen, auch nach einigen verpassten Spieltagen möglich.

Wer noch dabei sein will, sollte sich also sputen. Wichtige Voraussetzung für die Teilnahme am GdP-Bundesliga-Tippspiel sind gültige Login-Daten für den geschlossenen Mitgliederbereich auf der GdP-Homepage gdp.de.

Wer bislang noch keine Zugangsberechtigung hatte, kann seit Juli auf ein vereinfachtes Login-Verfahren zurückgreifen, mit dem man sich unmittelbar für den geschlossenen GdP-Mitgliederbereich anmelden kann.

Ist diese kleine Hürde überwunden, dann noch schnell für die Teilnahme am Tippspiel registrieren, Bestätigungslink anklicken und sofort mitspielen. **mzo**



Der Dortmunder „SIGNAL IDUNA Park“.

Foto: sampics/dpa



TITEL

BEREITSCHAFTSPOLIZEI

BePo-Einsätze:

**Veränderte Sicherheitslage
mit neuen Gefahren**



Ein Erlebnisbericht von Jürgen Herdes, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei

„Mein Stiefel steht in meinem Blut, das Blut läuft mir am Bein runter, das tut sau weh“! So höre ich meinen jungen Kollegen bei einer Demonstration im Anschluss an ein Fußballspiel in Hamburg neben mir noch sagen, dann verdreht er die Augen und sackt zusammen. Wir ziehen ihn aus der ersten Reihe nach hinten und nach kurzer Hektik erfolgt die Versorgung durch unsere Sanitäter. Hinter dem Wasserwerfer. Mitten auf der Kreuzung. Steine und Flaschen fliegen weiter. Das sind Extremsituationen im geschlossenen Einsatz, die in sehr kurzer Zeit ein schnelles und professionelles Handeln aller Beteiligten erfordern. Dafür muss man trainieren und für Training benötigt man Zeit. Die Zeit ist heutzutage aber ein knappes Gut.

Was war an jenem Tag in der Hansestadt geschehen? Eine Glasflasche schlägt während einer Festnahmeaktion kurz vor uns auf der Straße auf und der abgesplitterte Glasboden trifft meinen Kollegen in der Kniekehle, durchtrennt Sehnen und Venen. Er steht tatsächlich in seinem eigenen Blut. Nach einem längeren Krankenhausaufenthalt und einer Reha-Maßnahme ist er Monate später wieder voll dienstfähig und auch heute noch in unserer Einheit.

Für mich kamen nach der Erstversorgung Fragen wie „Wen rufe ich jetzt an, nachts um 1.15 Uhr? Er hat gerade eine neue Freundin, wer hat die Nummer? Will oder soll sie das überhaupt wissen?“ Seine Eltern aus meiner Notfall-Telefonliste gehen nicht ran. „Die sind im Urlaub“ höre ich. Ich hinterlasse eine möglichst „harmlose“ Nachricht. Die Großmutter ruft zurück. Ich erzähle ihr, dass ihr Enkel aus dem Einsatz heraus ins Krankenhaus musste und versuche, sie am Telefon zu beruhigen.

Extremsituationen im Alltag häufen sich

Zum Glück sind Extremsituationen noch nicht unser Alltag, aber sie häufen sich. Die folgenden dramatischen Titelzeilen haben wir alle vor Augen: „Terroranschlag in Kopenhagen“, „Anschlag auf ‚Charlie Hebdo‘ in Paris“, „Mordanschlag im Jüdischen Museum in Brüssel“, „Messeranschlag auf einen Soldaten in Paris“, „Mordanschlag auf einen Soldaten in London“. Soweit die öffentlich gewordenen Themen in Europa der vergangenen zwei Jahre.

Und in Deutschland? „Terroranschlag in Hessen verhindert“, „Hinweise auf einen islamistischen Anschlag in Bremen“, „Karnevalszug in Braunschweig kurzfristig abgesagt“, „Pegida-Demo in Dresden wegen Terrorandrohung verboten“, „IS-Propaganda fordert Anschläge in Deutschland“, „Mit Macheten und Metallstangen: Salafisten und Kurden bekämpfen sich in Hamburg“. Das sind die öffentlich gewordenen Themen der vergangenen zwölf Monate hierzulande.



Kein Einsatz ohne regelmäßige Übungen.

Foto: Frank May/dpa



Die Bereitschaftspolizei ist davon immer irgendwie betroffen. Oftmals direkt in der Alarmierung vor Ort, spätestens jedoch in den folgenden Demonstrationen, deren Teilnehmer entweder „dafür oder dagegen“ sind.

Viele Schwierigkeiten und Belastungen

„Warum soll ich zur Bereitschaftspolizei gehen?“ Diese Frage höre ich immer öfter, sowohl von erfahrenen Kollegen als auch von Dienstanfängern. Ich bin seit 18 Jahren in der Bereitschaftspolizei (BePo) Schleswig-Holstein und habe ziemlich viel erlebt. Ich bin hier aus Überzeugung und so lange mein Körper mir nicht sagt, „hör endlich mal auf damit“, mache ich weiter, weil ich überzeugt davon bin, dass es eine wichtige Aufgabe ist. Aber ich kann die Kollegen verstehen, die mir entgegnen: „Warum soll ich mir das antun?“ „Warum soll ich mir Steine an den Kopf (wenn’s gut läuft, an den Helm) werfen lassen?“ „Warum soll ich Pyrotechnik ausweichen und ein Knalltrauma riskieren?“ „Warum soll ich fast jedes Wochenende arbeiten, während sich meine Kumpels zum Grillen treffen. Oder wenn meine Frau mich bei unserem schon vor Wochen eingeladenen Besuch wieder einmal entschuldigt?“ „Warum soll ich auf meine Schichtzulage verzichten?“ Ich könnte so weiter machen.

Es ist inzwischen wohl jedem klar, welche Schwierigkeiten und Belastungen die Bereitschaftspolizei so mit sich bringt. Obwohl es tatsächlich immer wieder mal Kollegen gibt, die sagen, „ich hab da einen Einsatz für euch. Ihr seid doch auch froh, wenn ihr mal hinterm Zaun raus kommt“. Hmm??

Die „Attraktivität“ der Bereitschaftspolizei ist wohl nur mit Überzeugung oder Verpflichtung zu erklären. Besondere Anreize wie eine „Erschweriszulage für den Dienst in der Bereitschaftspolizei“ gibt es nicht. Im Gegenteil, gerade der finanzielle Nachteil – im Abgleich zum polizeilichen Einzeldienst – durch den Wegfall der Wechselschichtzulagen, die unbeständige Dienstplanung und die unterschiedliche Vergütung von Bereitschaftszeiten und Ruhezeiten bei länderübergreifenden Einsätzen machen die Überzeugungsarbeit sehr schwer.

Das aktuelle Beispiel des G7-Einsatzes im Juni in Bayern hat es aufgezeigt. Warum bekommt der bayerische



Ausschreitungen in Thüringer Erstaufnahmestelle, vier Polizeibeamte wurden verletzt.

Foto: Martin Wichmann/dpa

Kollege für seine Bereitschaftszeiten und Ruhezeiten „Null Prozent“ und der Kollege aus Schleswig-Holstein „100 Prozent“. Vergütet man hier nach Himmelsrichtungen? Kann man so etwas nicht endlich mal bundesweit angleichen. Wir waren doch alle im selben Einsatz.

Föderalismus wirkt auf Bereitschaftspolizei

Der Föderalismus gestattet den Ländern und dem Bund eine größtmögliche Eigenständigkeit, und zwar auch bei der Gestaltung der Bereitschaftspolizeien. Das führt zu Auswüchsen, die irgendwann nicht mehr nachvollziehbar sind. Wir haben einen Flickenteppich von 17 Bereitschaftspolizeien. Jedes Bundesland und die Bundespolizei reformiert, optimiert, modifiziert die jeweilige BePo, strukturiert um, schafft Synergien und so weiter. Es ist eine Herkulesaufgabe, hier auf dem aktuellen Stand zu bleiben. Vielleicht sollten die Projektpläne der jeweiligen Organisationsreformen einfach immer von einem Land an das nächste weiter gereicht werden. Immer alles im Fluss.

Obwohl das jeweilige Verwaltungsabkommen grundsätzliche Regelungen trifft, bleiben viele offene Fragen: „Wo ist eigentlich unser Personal (gemäß Verwaltungsabkommen)“? „Wie lange darf/muss ich in der BePo bleiben und ist das wirklich sinnvoll?“ „Kann ich in einer geschlossenen Einheit eigentlich auch Karriere machen?“ „Was muss ich als BePo-Angehöriger eigentlich alles können?“ „Welche Ausrüstung stellt

der Bund und welche mein Land. Und was passiert, wenn einer von beiden nicht zahlen will oder kann?“

„Sind wir überhaupt noch kompatibel bei länderübergreifenden Einsätzen?“, fragen wir uns immer öfter. Neben Organisations-, Gliederungs- und Ausrüstungsfragen heißt es zum Beispiel: „Warum gibt überhaupt unterschiedliche Polizeigesetze?“ „Warum verdiene ich in Bayern mehr als in Brandenburg. Gibt es einen Wettbewerb um Nachwuchs unter den Ländern beziehungsweise der Bundespolizei?“

„Samstag frei, kann das sein?“

So ein Einsatzjahr geht ja schneller als man denken kann vorüber. Ein Blick in den Terminkalender belegt dies. Nach dem Jahreswechsel starten wir im Januar traditionell mit dem Hallenmasters des Schleswig-Holsteinischen Fußballverbandes, natürlich an einem Samstag. Parallel kommt eine Anforderung aus Berlin für die sogenannte BÄRGIDA-Demo am darauffolgenden Montag. Also, Samstag Fußball in Kiel. Sonntag Tasche packen und auf nach Berlin. Die Unterbringung ist inzwischen bundesweit fast überall auf einem sehr guten Stand. So waren wir in der Hauptstadt im Hotel untergebracht. Montag also Demo, Dienstag zurück.

Mittwoch und Donnerstag frei geplant, als Ausgleich. Donnerstag plötzlich Alarmierung für eine Durchsuchung im Drogenmilieu, kein freier Tag. Freitag die nächste Anforderung



aus Berlin. Immerhin Samstag frei, kann das sein?

Sonntag wieder Tasche packen, Montag BÄRGIDA-Demo. Die geplante Rückfahrt am Dienstag muss verschoben werden. Anforderung aus Leipzig, LEGIDA am Mittwoch. Dienstag also gleich weiter nach Leipzig. Mittwoch Demo, Donnerstag zurück nach Eutin. Rund 1.000 Kilometer mit der gesamten Einsatzhundertschaft.

Wir machen weiter mit einer Einbruchserie im eigenen Bundesland, um dann Ende Januar noch eine Salafisten-Demo in Hamburg zu begleiten. So hatten wir schon im (eigentlich ruhigen) Januar drei Bundesländer auf unserer Einsatz-Karte.

Diese Einsatz-Runde macht deutlich, wie spontan sich die Dinge heutzutage entwickeln. Und noch dazu war durch

in Lübeck (vier Tage) und Bayern (neun Tage).

Aber wie gesagt, die Extremsituationen sind zum Glück noch nicht der Alltag. Es gibt auch Einsatzanlässe, bei denen sich die Besucher freuen, dass „ihre Polizei“ da ist. Zehn Tage Kieler Woche, zehn Tage Travemünder Woche und sechs Tage Wacken Open Air. Das sind 26 Einsatztage innerhalb von 30 regulären Arbeitstagen. Auch die Zahl der Überstunden ist irgendwann ein Problem.

Innenpolitische Konsequenzen

Wir müssen dringend über unsere Ausrüstung reden. Wir benötigen eine sichere, leichte, moderne, gesunde, für unterschiedliche Anlässe adaptive und intelligente Ausstattung. Als Beispiel muss hier der Oberkörpervollschutz

dann ihr privates Handy nehmen, was auch nicht in Ordnung ist.

Ich kann alle Sicherheitsbedenken verstehen, ich kann aber nicht glauben, dass es keine Lösung gibt. Ein Blick in die Spezialeinheiten zeigt, dass es geht, wenn man nur will. Aber das kostet dann eben Geld.

Weniger Personal und mehr Aufgaben

Wir müssen auch unsere Aufgaben analysieren. Mit dem vorhandenen (immer weniger werdenden) Personal können einfach nicht mehr alle bisherigen Aufgaben abgedeckt werden. Es kann nicht sein, dass ein Großteil der Bundesbereitschaftspolizei am Wochenende Zug fahren muss, um Fußballfans zu begleiten. Gab es da nicht letztes wieder mal einen „Runden Tisch“, der das Problem lösen wollte? Und wie viele Hundertschaften benötigt man eigentlich für ein Fußballspiel oder eine Demo? Ist das in jedem Bundesland anders?

Was passiert bei einem Terroranschlag? Soll ich dann mit meiner Pistole und dem Demo-Vollschutz Terrorverdächtige überprüfen. Haben wir dafür ausreichend Spezialeinheiten zur Verfügung oder gibt es dann „Robuste Einheiten“ bei der BePo/Bundespolizei?

Wie sieht es eigentlich aus mit unserem Gesundheitsmanagement und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bekommen wir eigentlich „Mindestlohn“, wenn wir uns Überstunden auszahlen lassen müssen, weil wir sie nicht abbauen können? Fragen über Fragen, die alle mindestens Zeit kosten.

Wie geht es nun weiter?

Es gibt viel zu tun! Das ist hoffentlich deutlich geworden. So gerne ich auch arbeite, ich kann an einem Tag nur eine Demo, ein Fußballspiel, eine Rockerkontrolle, ein Open-Air-Konzert, ein Stadtfest, einen Staatsbesuch, eine Observation, einen Werttransport, einen Schwertransport, einen Tauchereinsatz, eine Durchsuchung ... begleiten.

Ist unser Name eigentlich noch richtig? Wir sind nicht mehr die „Bereitschaftspolizei“, wir sind eine „Einsatz-einheit“.

Für „Bereitschaft“ habe ich keine Zeit!



Nicht unbedingt ein Wochenendvergnügen. Bereitschaftspolizisten beim Fußballeinsatz.

Foto: Fotostand/Wedel/dpa

die x-GIDA-Demos plötzlich unser „freier Montag“ dahin. Da hatte sich doch inzwischen jeder drauf eingestellt.

Nun haben wir die Hälfte des Jahres bereits hinter uns gelassen und hatten unzählige Fußballeinsätze, so in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen oder Rostock, unzählige Demo-Einsätze und Staatsbesuche im gesamten Bundesgebiet. Besonders intensiv waren die Eröffnung der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main mit den bekannten massiven Ausschreitungen und natürlich die G7-Einsätze

genannt werden. Auch in technischen Dingen hängen wir leider oft hinterher. Ich kann im Moment im Einsatz auf der Straße nicht mal eine schnelle Internetrecherche durchführen – im „Live-ticker“ dran bleiben, den „Blog“ der Demo-Teilnehmer lesen oder „Twitter“ verfolgen. Kurz gesagt, alle „Neuen Medien“ für meine/unsere Sicherheit und für den Einsatzserfolg nutzen. Mal ganz davon abgesehen, dass man im Zivileinsatz inzwischen schon alleine deshalb auffällt, weil man ein altes Behördenhandy und kein Smartphone nutzt. Die Folge ist, dass viele Kollegen



„Oftmals Belastungen bis ans Maß des Erträglichen“

Clemens Murr ist Bereitschaftspolizist durch und durch. Der gebürtige Münchner ist seit 1986 Polizist und Kollege, hat bis zum heutigen Tag viel Dienstzeit in der Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau unter anderem als Klassenleiter und Fachlehrer, Zugführer sowie Mitarbeiter im Führungsstab verbracht. Auch der polizeiliche Einzeldienst ist ihm nicht fremd. Über Personalrats- und GdP-Funktionen auf lokaler und regionaler Ebene ist der 49-jährige Erste Polizeihauptkommissar im November 2014 im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand angekommen und verantwortet dort unter anderem den Bereich Bereitschaftspolizei (BePo). Nach Großlagen wie Frankfurt/Main, Lübeck und Elmau sowie zahlreichen Einsätzen der geschlossenen Einheiten der Länder und des Bundes bei Demonstrationen oder Fußballspielen Zeit für eine erste Bilanz.

DP: Wer sich mit der BePo in Bund und Ländern beschäftigt, sieht sich einem komplexen Konstrukt verschiedenster Strukturen entgegen. Warum ist das so und muss das so sein?

Clemens Murr: Die Polizei ist ja generell in föderale Strukturen eingebunden, somit obliegt es auch den jeweiligen Bundesländern beziehungsweise für die Bundesbereitschaftspolizei dem



Fotos (2): Rembergt Stolzenfeld

Bund, ihre BePos länderspezifisch zu gliedern und zu organisieren. Dies hat zur Folge, dass beispielsweise in Bayern als einzigem Bundesland die gesamte Ausbildung für den mittleren Dienst (sogenannte 2. Qualifikationsebene) der BePo obliegt oder auch landesweite Spezialdienststellen wie die Hubschrauberstaffel und die Hundeschule beherbergt. Andere Länder organisieren dagegen sämtliche Spezialeinheiten, beispielsweise SEK oder Wasserschutzpolizei, in ihrer Bereitschaftspolizei. Wir sind deshalb landestypische, historisch gewachsene,

aber auch ständigen Veränderungen unterliegende eigenständige Verbände. Trotzdem versucht man, insbesondere in Hinblick auf den länderübergreifenden Einsatz geschlossener Einheiten mit bundesweit gültigen Regularien wie Polizeidienstvorschriften und Leitfäden auf der Grundlage einer gemeinsamen Einsatzphilosophie ein Mindestmaß an einheitlichen Standards zu verwirklichen.

DP: Kollege Murr, die GdP kritisiert seit Langem, dass die Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizisten immer weiter steigt, die Kolleginnen und Kollegen nicht mehr aus den Stiefeln kämen. Verfestigt sich der Eindruck beim Blick auf den diesjährigen Terminplan?

Murr: In der Tat hat sich das Aufgabenspektrum der Polizei allgemein und insbesondere der BePo in den vergangenen Jahren aufgrund veränderter Lagefelder augenscheinlich erweitert. Waren es bis vor kurzem noch nicht gekannte neue Phänomene wie sogenannte Facebook-Partys, so beschäftigen uns heute auch bei der BePo vermehrt die Auswüchse der allgemeinen Kriminalitätsentwicklung wie die Einbruchs- und Drogenproblematik oder die in der Regel monatlichen Dauereinsätze der Kategorie „Pegida“. Nicht zu vergessen sind die anhaltenden Flüchtlingsströme in unserer Republik mit entsprechenden Einsatzlagen. Zusammen mit den üblichen Aufgaben wie Demonstrationsgeschehen, Schutz von Großveranstaltungen, regelmäßige Fußballeinsätze oder sonstige Unterstützungsmaßnahmen für die Landespolizeien, ergibt sich oftmals eine Belastung der Kolleginnen und Kollegen bis ans Maß des Erträglichen.

Nicht vergessen werden darf der G7-Gipfel in Elmau im Juni, einer der personell aufwändigsten und zeitlich längsten Einsätze in der Polizeigeschichte, wobei fast die gesamten geschlossenen Einheiten der Republik zur erfolgreichen Bewältigung dieser weltpolitisch bedeutsamen Zusammenkunft der wichtigsten Staatsoberhäupter beitrugen. Mangels Personalalternativen wegen des jahrelangen Personalabbaus bei gleichzeitig konstant hohen Einsatzlagen kommen Angehörige der Bereitschaftspolizeieinheiten



nicht selten an die Grenze des Zumutbaren. Zudem spielen sich die Einsätze überwiegend im „ungünstigen Zeitbereich“, also in der

Nacht und vor allem an Wochenenden ab. Das persönliche soziale Umfeld darin einzubetten, gestaltet sich mittlerweile als äußerst schwierig und belastet die Kolleginnen und Kollegen. Zusammenfassend kann die Frage also nur mit einem klaren Ja beantwortet werden.

DP: Der Personalabbau hat vor der BePo keinen Halt gemacht. Es kommt häufiger vor, dass Unterstützungsgesuche von Ländern nicht erfüllt werden können. Ist die Grenze des personell Zumutbaren erreicht oder sogar schon überschritten?

Murr: Das Problem sehe ich in erster Linie in den Spardiktaten der Bundesländer. Mancherorts wurde die BePo in ihrer Gesamtstärke und somit auch die geschlossenen Einheiten auf ein nicht mehr zu vertretendes Maß reduziert, so dass selbst überschaubare Einsatzlagen nicht mehr mit eigenen Kräften bewältigt werden konnten und können. Es ist jedoch nicht unbegrenzt möglich, auf die Unterstützung anderer Länder zu bauen, zu vielfältig und intensiv sind – wie bereits erwähnt – mittlerweile die Einsatzlagen, die uns bei der BePo in den eigenen Bereichen, sprich Bundesländern, beschäftigen.



Mir fehlen mitunter ein klares, bundesweites politisches Bekenntnis zu den Bereitschaftspolizeien und eine damit einhergehende entsprechende personelle Ausstattung dieser Verbandspolizei zur professionellen Bewältigung unserer unzähligen Aufgaben.

DP: Geschlossene Einheiten sind, wie der Name schon sagt, eher interne Zirkel. Ist der Einzelne da nur noch ein Rädchen im Getriebe? Wie fremd- oder führungsbestimmt ist der Einzelne?

Murr: Unsere Polizistinnen und Polizisten werden in hochkomplexen Studiengängen und Ausbildungsabschnitten auf ihre spätere Verwendung im Einzeldienst qualifiziert. Sehr wohl unterscheidet sich davon aber durchaus der Dienst in den geschlossenen Einheiten, wo selbstsicheres Auftreten

wird durch das Vorhandensein besonderer Hierarchien bewerkstelligt. Daher ist es insbesondere Aufgabe der Führungskräfte, die Angehörigen ihrer Gruppen, Züge oder Hundertschaften einerseits zielorientiert aber auch unter dem Aspekt der Eigenverantwortung anzuleiten. Die Mitarbeiter erwarten klare Vorgaben bei gleichzeitigem Respekt vor der eigenen Leistung und Persönlichkeit.

DP: BePo-Einsätze finden ja oft nicht auf dem „Ponyhof“ statt. Wie gut aufgestellt sind heute die Betreuung und die Fürsorge der Kräfte durch den Dienstherrn?

Murr: Ich denke, die Zeiten, in denen belastende Ereignisse ausschließlich kollegenintern, das heißt im engen Kreis von Dienstgruppen oder Grup-

zur Vermittlung psychologischer und soziologischer Grundkenntnisse und der Erlangung interkultureller Kompetenzen, sind auch längst spezielle, für Polizisten vorhandene Betreuungs- und Fürsorgeangebote durch die Dienstherrn geschaffen worden. So können sich betroffene Kolleginnen und Kollegen neben den Personalräten an die Polizeiseelsorge, die Polizeilichen Sozialen Dienste oder an die Psychologischen Dienste wenden, auch Suchthilfestellen, Anti-Mobbing-Gruppen oder Gleichstellungsbeauftragte runden das Angebot durchaus ab. Auch die GdP trägt mit ihren unzähligen Funktionsträgern in den Personalvertretungen nicht selten zum Fürsorgegedanken bei, sollte in Einzelfällen – aus welchen Gründen auch immer – eines der genannten Hilfsan-



Permanent neue Herausforderungen: Die Bereitschaftspolizei trainiert ständig wechselnde Einsatzlagen.

Foto: Bernd Settnik/dpa

mit Formationsdisziplin und teamorientiertes Einschreiten noch mehr im Vordergrund stehen als im normalen Streifendienst. Deshalb legt die BePo auf spezielle, auf ihre Aufgaben zugeschnittene Aus- und Fortbildung besonderen Wert. Das gruppenorientierte Einschreiten im geschlossenen Einsatz

beziehungsweise Zügen bei der BePo aufgearbeitet wurden, sind – Gott sei Dank – vorbei. Neben der sicherlich noch nicht in Gänze optimalen Beschulung der Kolleginnen und Kollegen in der Aus- aber auch Fortbildung zur Stress- und Konfliktbewältigung, ausreichender Fortbildungsangebote

gebote nicht für ausreichend erachtet werden und sich die Kollegin oder der Kollege hier besser beraten fühlen. Es kann also durchaus ein positives Fazit gezogen werden, allerdings wäre ein Zurückziehen aus allen genannten Bereichen in Zeiten deutlich steigender belastender Einsätze überhaupt nicht



akzeptabel und kontraproduktiv.

DP: BePo-Einsätze seien keine Vergnügungsreisen, betonte der GdP-Bundsvorsitzende Oliver Malchow noch vor dem G7-Gipfel rund um Elmau. Wie weit ist die GdP mit ihrer 1:1-Forderung zur Abgeltung der Einsatzstunden bis jetzt gekommen?

Murr: Hier sind noch deutliche Unterschiede in den Ländern feststellbar.



Der zunehmende Flüchtlingsstrom erhöht die Belastung der BePo-Kolleginnen und -Kollegen drastisch.
Foto: Peter Kneffel/dpa

Während einige wenige die volle Stundenvergütung generell und politisch abgesehen praktizieren, erkämpfen andere anlassbezogen (zum Beispiel G7) eine derartige Handhabung oder bleiben mangels politischem Willen gar auf dem Stand alter Regularien hängen. Das ist den betroffenen Kolleginnen und Kollegen mittlerweile nicht mehr vermittelbar. Die GdP ist hier nach wie vor sehr aktiv und übt politischen Druck auf die Verantwortlichen in Bund und insbesondere den Ländern aus, aber wir sind noch lange nicht am Ziel einer bundesweit einheitlichen Regelung angelangt.

DP: Kollege Murr, gelegentlich wird Kritik am sogenannten Kräfteansatz laut. Wie entgegnest Du diesen Einwürfen?

Murr: Die Disposition von Einsatzkräften ist eine unter Umständen sehr diffizile und komplexe Angelegenheit und von vielen Faktoren abhängig. Art und Örtlichkeit des Anlasses spielen hier ebenso eine Rolle wie die Erkenntnisse über das mögliche „Teilnehmerfeld“ oder Erfahrungen aus ähnlichen

früheren Demonstrationen und Veranstaltungen. So war beispielsweise nach den eklatant gewalttätigen Vorkommnissen am Rande der Eröffnung der EZB im Mai in Frankfurt der augenscheinlich massive Kräfteansatz anlässlich des darauffolgenden G7 in Elmau durchaus folgerichtig. Andernorts erscheint es aber schon möglich, dass sich die Lagebeurteilung im Vor-

feld schwierig gestalten kann, dabei die Lage nicht immer kräfteschonend eingeschätzt wird und in der retrospektiven Betrachtung ein unnötiger Kräfteaufwand die Folge war. Dies ist jedoch keineswegs der Regelfall.

DP: Dass BePo-Einsätze schwerer zu bewältigen sind als manch andere,

liegt teils am polizeilichen Gegenüber, immer aber an der leider notwendigen Schutzausstattung. Welche Verbesserungen will der GdP-Bundesfachausschuss BePo künftig für die Kolleginnen und Kollegen erreichen?

Murr: Der Wert einer Schutzausstattung beginnt mit dem Wert der besonderen Einsatzbekleidung für die Bereitschaftspolizeien. Hier gibt es mittlerweile hervorragende Konzepte, neben funktionellen, also tragfreundlichen, flammhemmenden, atmungsaktiven und vor allem auch für Frauen geeigneten Einsatzanzügen sowie Unterbekleidung, um auch beispielsweise die zum Teil vorhandene hervorragende Schutzausstattung zu integrieren.

Die Politik muss nur willens sein, diese Vorlagen auch tatsächlich umzusetzen. Insbesondere monetäre Argumente verhindern dies aber augenscheinlich.

Weiterhin darf nicht vergessen werden, dass uns neben dem Wasserwerfer nach wie vor ein weiteres

geeignetes Distanzmittel fehlt, um die kritische Entfernung der sogenannten Steinwurfweite zur Eigensicherung taktisch effektiv abdecken zu können. Dies fordert die GdP seit langem, von einer Verwirklichung sind wir allerdings leider immer noch meilenweit entfernt.

DP: Eine letzte Frage: Die GdP-BePo-Experten haben unlängst ein neues, sich der immer weiter entwickelnden Lage der geschlossenen Einheiten angepasstes Strategiepapier herausgegeben. Was muss Deiner Auffassung nach am Dringendsten umgesetzt werden?

Murr: Zunächst ist erfreulicherweise festzustellen, dass viele Forderungen des Strategiepapiers in der Vergangenheit aufgegriffen und tatsächlich auch umgesetzt wurden. Beispielsweise gehören mittlerweile Massenunterbringungen in Turnhallen anlässlich von Großeinsätzen der Vergangenheit an. Der schon mehrfach erwähnte G7-Einsatz hat bewiesen, dass die Unterbringung, aber auch die Versorgung von mehreren tausenden Einsatzkräften mit guten Standards geplant und verwirklicht werden können.

Als wichtigsten Eckpunkt für die Zukunft sehe ich die Manifestierung des Stellenwerts der Bereitschaftspolizeien in Bund und Ländern. Wir sind ein immens wichtiger, nicht wegzudenkender Pfeiler im sicherheitspolitischen Gesamtgefüge. Die politischen Verantwortlichen sind daher dringend gehalten, Spardiktate nicht auf dem Rücken der Polizei und damit auch der Bereitschaftspolizeien des Bundes und der Länder auszutragen. Im Gegenteil, wir brauchen die bestmögliche Personal-, aber auch eine optimale Sachausstattung zur Bewältigung unserer mannigfaltigen Aufgaben.

Wir brauchen die gezielte rechtliche wie taktische Schulung und Fortbildung für Führungs- wie Einsatzkräfte, um einen gleichmäßig hohen Einsatzwert gewährleisten zu können. Wir brauchen ein klares Bekenntnis der Politik, insbesondere auch zur BePo. Über die Notwendigkeit unserer Verbände überhaupt zu diskutieren, halte ich für politisch nicht sehr weitsichtig und kontraproduktiv.

DP: Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte DP-Redakteur Michael Zielasko.



Die Bewältigung von Großlagen unter polizeihistorischen Aspekten

Von Lars Lapper

Der G7-Gipfel auf Schloss Elmau ist nicht von den im Vorfeld prognostizierten Bildern erheblicher Ausschreitungen überschattet worden, dennoch bewältigte der Planungs- und Führungsstab „BAO Werdenfels“ den mit insgesamt 18.278 Kräften größten Polizeieinsatz der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Ein Blick zurück in die polizeiliche Einsatzbewältigung vergangener Jahrzehnte zeigt, wie die zunehmende Militanz radikaler Gruppen besondere Anforderungen an taktische und personelle Konzeptionen stellte; im Brennpunkt des Geschehens standen damals wie heute die Bereitschaftspolizeien von Bund und Ländern.

Der länderübergreifende Einsatz geschlossener Einheiten ist in der heutigen Zeit bei größeren Lagen aufgrund modifizierter Verwaltungsabkommen schon zum Standard polizeilicher Planung geworden. Selbst bei Einsätzen in der Fußball-Bundesliga ist die gegenseitige Unterstützung der Bereitschaftspolizeien keine Seltenheit mehr. Die Betrachtung der polizeilichen Entwicklung im Rückblick zeigt, dass dieser Umstand in früheren Jahren keineswegs eine Selbstverständlichkeit war. Unterstützungseinsätze in anderen Bundesländern wurden erstmalig in den 1970er-Jahren durchgeführt, als Aktionen im Umfeld von Massenprotesten gegen die Nutzung der

Kernkraft zunehmend organisierte und militante Züge annahm. Polizeiliche Kräfteansätze, etwa bei den Großdemonstrationen gegen den Bau der Atomkraftwerke in Grohnde oder einer ähnlichen Anlage in Kalkar im Jahr 1977, bewegten sich erstmals im höheren vierstelligen Bereich und wurden entsprechend als außergewöhnliches polizeiliches Ereignis betrachtet.

Eine mit heute vergleichbare taktische Konzeption und Ausstattung war weder bei Bund noch Ländern vorhanden. Der Einsatzverlauf in Grohnde am 19. März 1977 zeigte erstmals drastisch die praktische Überforderung der damaligen Einheiten – angesichts einer geschlossen agierenden und mit großer Gewaltbereitschaft auftretenden Störgruppe, deren Ausrüstung unter anderem aus Passivbewaffnung und Hiebwerkzeug bestand. Die Akteure der damaligen Zeit entstammten dem Umfeld kommunistischer Gruppen und traten massenhaft im Zusammenhang mit der damals mobilisierungsstarken Anti-Atomkraft-Bewegung auf.

Erste Massenproteste

Erst 1980, im Zuge der medialen Berichterstattung nach den schweren Krawallen bei einem Gelöbnis der Bundeswehr in Bremen, wurden die Bezeichnungen „Autonome“ sowie „Schwarzer Block“ durch die Presse erstmals publik. Die Polizei stand dem Phänomen der Radikalisierung der sogenannten Neuen Linken in

Kurzbiografie des Autors:
Lars Lapper ist Polizeibeamter des Landes Baden-Württemberg und langjähriges GdP-Mitglied. In seiner dienstlichen Tätigkeit hat er in der Bereitschaftspolizei des Landes Baden-Württemberg (bis 2011) im Rahmen der Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen intensiv die Einsatzverläufe der vergangenen Gipfeltreffen auf deutschem Boden analysiert, primär mit dem Zweck der Schulung von Einheiten im Vorfeld der damaligen Einsätze G8-Gipfel 2007 und NATO-Gipfel 2009.







COP® Specials September / Oktober 2015 * Gültig vom 20.08. - 31.10.15

1 Under Armour® Tactical Handschuh Infrared ColdGear®
Art.-Nr. UA1242663S-Größe
Farbe: schwarz
Größen: S-XL
Material: 87% Polyester, 13% Elasthan
Schaumverstärkung über den Knöcheln, langer Bund, auch als Unterziehhandschuh geeignet.

Aktionspreis!
€ 25,90
statt 34,95*



2 Stichschutzweste COP®STAB
Art.-Nr. 9-STAB-Größe
Farbe: schwarz
Größen: S/M, L/XL, XXL
Preisgünstige leichte Stich-/Schlagschutzweste aus körpergerecht geformtem Kunststoff mit zusätzlicher 1 mm starken Aluplatte (23 x 23 cm) im Brust- und Rückenbereich. Robuste, verstellbare Westenhülle.

Aktionspreis!
€ 79,90
statt 128,95**

Ach in Übergrößen erhältlich!



3 Stichschutzweste COP®STAB AE
Art.-Nr. 9-STABAE-Größe
Farbe: schwarz
Größen: S, M, L, XL, 2XL, 3XL
Einlagen aus Aramid / Aramidlaminat, Hülle aus Nylon; Gewicht: 2,2 kg (Gr. L). Kombination aus Stichschutz und ballistischer Schutzweste gemäß US Klasse NI IIA.

Aktionspreis!
€ 349,90
statt 699,95***

Restposten!
Solange Vorrat reicht!



4 Polizeiausrüstungstasche COP® 903 Light
Art.-Nr. 903 BAG-L
Außenmaße: 50 x 26 x 32 cm (L x B x H)
Innenmaße: 48 x 20 x 30 cm (L x B x H)
Farbe: schwarz
Material: 100% Polyester
Die „Light“ Version unserer klassischen Polizeiausrüstungstasche. Stabil verarbeitet.

Aktionspreis!
€ 49,90
statt 64,95**

40 Liter



5 Einsatz- u. Zugriffs- handschuh COP® DGF200
Art.-Nr. 32F200-Größe
Größen: XS - 3XL. Außenmaterial: 100% Rindsleder
Innenmaterial: 100% Polyamid. Mit Innenfutter!

Aktionspreis!
€ 19,90
statt 39,95**

EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 1
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 2
2 1 2 2 Durchstichfestigkeit: Kategorie 2



6 Under Armour® Tactical Valsetz Stiefel
Art.-Nr. UA1224003B-Größe (beige)
Art.-Nr. UA1224003-Größe (schwarz)
Farbe: beige und schwarz
Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 450 g

Aktionspreis!
€ 99,90
statt 128,95**

Sportlicher, extrem bequemer und ultra-leichter Einsatzstiefel von Under Armour®.

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47	47,5	48,5



7 Handfesselholster COP® 9131N für Stahlfesseln
Art.-Nr. 219131N
Oben offenes Nylonholster mit Druckknopfverschluss. Passt für alle Standard und Oversized Handfesseln mit Kette oder Gelenk sowie Clejuso 9, 12, 12A, 19R.

Aktionspreis!
€ 9,90
statt 14,95**



Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers | ** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. August bis 31. Oktober 2015 | *** ehemaliger Verkaufspreis



Schlagschutz der Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz aus den 1980er-Jahren, die unter dem Einsatzanzug getragen wurde. Darunter das damalige runde Schutzschild sowie der Schlagstock, lang, aus Holz.

Foto: Lars Lapper

können. Eine mobile taktische Variante, die sich im selben Jahr an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens und bei den späteren Einsätzen anlässlich der Castor-Transporte im dünn besiedelten Gebiet um Gorleben als in hohem Maße effektiv erwiesen hat. Als weiteres Problem stellte sich in der Planung der Strafverfolgungszwang angesichts einer erwarteten vierstelligen Zahl von Straftätern heraus.

SEK erstmals länderübergreifend im Einsatz

Festnahmekonzeptionen und -einheiten existierten bei den Polizeien der Länder zum damaligen Zeitpunkt nicht, die Hundertschaften waren in ihren Formationen für den schnellen Zugriff zu wenig beweglich. Erstmals wurden daher Kräfte der Spezialeinsatzkommandos (SEK) länderübergreifend angefordert und als Festnahme-trupps in einer Gesamtstärke von 212 Beamten unterstellt.

Der unfriedliche Verlauf erreichte am Einsatztag nicht das befürchtete Ausmaß, jedoch bewegten sich trotz Versammlungsverbot mehrere zehntausend Personen im Umfeld des Objektes. Eine Konzentration einer großen militanten Gruppe vor dem Haupttor mündete in beginnende gewalttätige Aktionen. Hier kam es erstmals in der BRD zum Einsatz des damals neuen Wasserwerfers „WaWe 9“. Bei dem anschließenden, unter massivem Bewurf mit Steinen und Brandsätzen durchgeführten Vorstoß der Spezialeinheiten stürzte ein Beamter des SEK Saarland, von den übrigen Kräften räumlich getrennt, in einen Wassergraben, wurde von militanten Störern massiv attackiert und anschließend hinter die „feindlichen Linien“ verbracht. Das danach im Magazin „Stern“ publizierte Foto dieses Angriffs wurde zum medialen Synonym für eine neue Qualität der Gewalt bei Demonstrationen. Der SEK-Einsatz in Brokdorf führte trotz des Vorfalls zu polizeiintern positiver Resonanz, so dass – bis zur Gründung der Beweis-

dieser Zeit zum Teil regelrecht hilflos gegenüber, in Bremen wie auch an anderen Brennpunkten stand Lagebereinigung statt Strafverfolgung im Vordergrund – letztere war aufgrund der mangelnden Beweglichkeit von Hundertschaften angesichts hoch mobiler Straftäter in der Praxis auch kaum zu gewährleisten.

Zum bundesweiten Kristallisationspunkt des Massenprotestes entwickelte sich der Bau des größten deutschen Atomkraftwerks in Brokdorf. Die Mobilisierung für eine Großdemonstration am 28. Februar 1981 erreichte bis dato ungekannte Ausmaße. Im Vorfeld wurden bis zu 100.000 Teilnehmer sowie eine Beteiligung nahezu der gesamten gewaltbereiten Protestszene

der Bundesrepublik und der europäischen Nachbarländer prognostiziert. Die entsprechenden polizeilichen Vorbereitungen erreichten unter einsatztaktischen und personellen Aspekten ebenfalls völlig neue Dimensionen: Die einsatzführende Polizeidirektion Itzehoe forderte Kräfte und Führungs- und Einsatzmittel (FEM) aus allen, damals noch zehn Bundesländern an. Der bis dahin größte Einsatz der Nachkriegszeit umfasste unter anderem 59 Einsatzhundertschaften und 48 Wasserwerfer. Erstmals wurden neue Einsatztaktiken erprobt: Luftverlastung von geschlossenen Einheiten mit „Puma“-Transporthubschraubern des Bundesgrenzschutzes, um im ländlichen Einsatzraum zeitnah Unterstützung an Brennpunkte heranzuführen zu



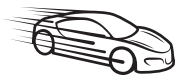
Der Freund und Helfer für Freund und Helfer.



**Sie finden uns vom 17.
bis 27. September 2015
auf der IAA in Frankfurt.**

Die Einsatzfahrzeuge von Volkswagen.

Auch als Freund und Helfer freut man sich über Unterstützung. Deshalb verfügen die Einsatzfahrzeuge von Volkswagen über innovative optionale Fahrerassistenzsysteme, die auch in extremen Situationen unterstützen und für mehr Kontrolle sorgen. Zudem stehen Ihnen leistungsstarke und zugleich noch effizientere Motoren zur Auswahl. So bringt er Sie zuverlässig an den Einsatzort – und Sie können schneller helfen.



>> IAA 2015
17. – 27. September
Frankfurt am Main

Kraftstoffverbrauch des Passat Variant in l/100 km: kombiniert 6,2–3,7, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 143–95. Abb. zeigt Sonderausstattung gegen Mehrpreis.



Das Auto.



November 1990: Hausbesetzer verwüsteten in Berlin ganze Straßenzüge.

Foto: Peter Kneffel/dpa

sicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) in den 1990er-Jahren – auch an späteren Brennpunkten wie Wackerndorf immer wieder Spezialeinheiten zum Einsatz kamen.

Polizei als Prellbock

Das Thema Massenprotest und Militanz gewann im Herbst 1981 weitere neue Facetten, als der Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main um die „Startbahn 18 West“ begann. Neben der Anti-Atomkraft- bildete sich eine neue massenhafte Umweltschutzbewegung gegen die Rodung für das Bauprojekt. Erneut stand das polizeiliche Einschreiten gegen Bürgerproteste im Fokus der Öffentlichkeit. Wie rund 30 Jahre später bei den Ereignissen um Stuttgart 21 stand die Polizei im gesellschaftlichen Spannungsfeld, wurde einerseits als Prellbock verfehlter politischer Entscheidungen, andererseits als überzogen und unverhältnismäßig einschreitende „Staatsgewalt“ öffentlich wahrgenommen.

Der zu Räumungsbeginn des Baufeldes ab 6. Oktober 1981 artikulierte passive Widerstand durch Sitzblockaden eskalierte nach der polizeilichen Räumung des Hüttendorfes am 2. November 1981 in Eruptionen der Gewalt. Wie auch in Brokdorf waren am Frankfurter Flughafen autonome Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet angereist, die errichtete Betonmauer zum Schutz des Baufeldes ent-

wickelte sich in den folgenden Wochen und Monaten zum Anziehungspunkt für gewalttätige Aktionen. Bei diesen



Gepanzerte Einsatzwagen und Wasserwerfer in der verbarrikadierten Mainzer Straße in Berlin. Bei der Räumung von 13 besetzten Häusern im Bezirk Friedrichshain wurden über 70 Beamte verletzt.

Foto: Andreas Altwein/dpa

Einsätzen in und um Frankfurt sahen sich die Polizeikräfte von Bund und Ländern in nie gekanntem Maße logistisch und personell gefordert.

Hohe vierstelligen Kräfteansätze mussten für einen Zeitraum von mehreren Wochen gewährleistet werden, allein am Tag nach der Räumung des Hüttendorfes waren 6.950 Polizeibeamte im Einsatz, darunter 2.210 aus anderen Bundesländern. Unterbrin-

gungen ganzer Hundertschaften in Sporthallen, Schulen und sogar im Hangar des Flughafens – heute aus Aspekten der Fürsorge undenkbar – waren die Regel.

Militante Störer verfolgten erstmals dezentrale Konzepte für ihre Aktionen, bei Ausschreitungen am Flughafen sowie in der Frankfurter Innenstadt kam es zu einer Vielzahl von Sachbeschädigungen und verletzten Beamten. Das bereits in Brokdorf erprobte Konzept des Einsatzes von Spezialeinheiten als Interventionskomponente wurde an der Startbahn 18 West fortgeführt, an besonderen Brennpunkten der Militanz wie am 15. November 1981 und am 30. Januar 1982 wurde erneut der Transport größerer Einheiten mit BGS-Hubschraubern durchgeführt. Die Startbahn-Einsätze zeigten auch,

dass sich einige im Test befindliche polizeiliche Distanzwaffen für die Praxis als ungeeignet erwiesen. Hier sei der tragbare Generator „Pepper Fog“ des Polizeipräsidiums (PP) Frankfurt oder ein umgebauter Flammenwerfer aus Militärbeständen – beides zur Abgabe von Reizstoffen konzipiert – erwähnt. Kritikpunkt war im damaligen Kontext auch der fehlende Schlagschutz der Einsatzkräfte gegen den Bewurf mit Steinen und auch Molotow-Cocktails



sowie den Einsatz von Stahlkugeln mit Katapulten.

Vollschutz-Anzug im Angebot

Einen gemäß technischen Richtlinien produzierten Körperschutz, wie er gegenwärtig zum Standard aller Bereitschaftspolizeien gehört, existierte Anfang der 1980er-Jahre nicht, abgesehen von Helm, Schutzschild und Stiefel. Schutzkleidung für Schienbeine, Unterarme und Schulterbereich wurde aus dem Eishockey-Sport entnommen und anfangs von den Spezialeinheiten, in den weiteren Jahren dann auch sukzessive von den Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizeien beschafft. Mit dem Körperschutz-System, damals von der Firma Sitek entwickelt, wurde ab 1989 erstmalig ein eigens für polizeiliche Bedürfnisse konzipierter Vollschutz-Anzug angeboten, der im selben Jahr von der Polizei Hamburg, später bundesweit, eingeführt wurde.

Zum dritten Brennpunkt nach Brokdorf und der Startbahn 18 West entwickelte sich in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre der kleine Ort Wackersdorf in der Oberpfalz, der als geplanter Standort für die atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) der BRD zum neuen bundesweiten Symbol der – nach der Katastrophe von Tschernobyl wieder erwachten Anti-Atomkraft-Bewegung – wurde. Neben vielen friedfertigen Protestformen kam es auch in Wackersdorf, in Teilen bedingt durch polizeiliche Fehleinschätzungen im Vorfeld, primär an Pfingsten 1986 zu massiven gewalttätigen Aktionen angereister Straftäter, die wiederholte taktische Rückzüge von Einsatzhundertschaften und – am dritten Tag der Eskalationen – den Einsatz von 44 Wasserwerfern zum Schutz des Baugeländes erforderlich machten. Wackersdorf 1986 bildete den Höhe- und Endpunkt der bundesweiten Massenbewegung gegen die Atomkraft, der lediglich viele Jahre

später mit den Castor-Transporten in das Zwischenlager Gorleben nochmals kurzzeitig aufflammte.

Nach den vom Tod zweier Polizisten überschatteten Ereignissen an der Startbahn 18 West wurde von Polizei und Justiz in Hessen festgestellt, dass die massenhafte Zahl begangener, zum Teil schwerer Straftaten in keinem Verhältnis zu der geringen Zahl an Festnahmen und der mangels Beweisen oft erfolgten Freisprüche von Tätern vor Gericht stand.

Dieser Umstand und damit verbundene taktische Überlegungen in der hessischen Polizei führten ab 1982 zu ersten Konzeptionen für beweissichere Festnahmen sowie in der Folge zum Aufbau erster speziell geschulter Zugriffseinheiten. Nach dem Vorbild Hessens wurden vergleichbare Festnahmekonzepte und -einheiten in darauffolgenden Jahren auch in einzelnen anderen Ländern, anfangs noch mit

Anzeige



»WIR zahlen 0€ fürs Girokonto.«

Gemeinsam mehr als eine Bank

SpardaGiro: Das kostenlose Girokonto* für Mitglieder.

Wechseln auch Sie zur Bank, die ihren Mitgliedern gehört. Denn gemeinsam machen wir faire Konditionen und einfache Produkte möglich. So, wie unser kostenloses Girokonto.* Das können Sie auch ganz bequem online nutzen – oder unterwegs mit unserer App. Und um den Kontowechsel kümmern wir uns auch.

Jetzt informieren: www.sparda.de

Kundenmonitor®
Deutschland 2014

Platz 1

Sparda-Banken
(Platz 1 von 1993-2014)

Kundenzufriedenheit

bei Banken und Sparkassen
unter 8 ausgewiesenen Instituten

* Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für Mitglieder bei Erwerb von 52,- Euro Genossenschaftsanteil mit attraktiver Dividende.

Sparda-Bank





Mai 1986: ein brennender Mannschaftswagen bei der Demonstration gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.

Foto: Johann Haas/dpa

unterschiedlichen Erfassungskriterien für Ordnungswidrigkeiten aufgestellt. Nach Empfehlung der Innenministerkonferenz wurden Ende der 1990er-Jahre in allen Bundesländern Beweisicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE/in Bayern USK) aufgestellt und unter dieser einheitlichen Bezeichnung geführt.

Berlin mit extrem hohem Gewaltpotenzial

Ein besonderer Schwerpunkt der Bewältigung von innerstädtischen Einsatzlagen mit teilweise extrem hohem Gewaltpotenzial bildet seit jeher Berlin. Da für Berlin (West) vor dem Mauerfall ein politischer sogenannter Viermächte-Status galt, war Unterstützung durch andere Bundesländer nicht möglich. Dieser erfolgte erstmals beim Besuch von US-Präsident Ronald Reagan am 12. Juni 1987. Mit der Welle von Hausbesetzungen und der damit verbundenen Vielzahl oft militanter Demonstrationen wurde die Berliner Polizei ab 1981 vor große taktische Herausforderungen gestellt. Nach einem linksalternativen Straßenfest kam es am 1. Mai 1987 nach anfänglichen einzelnen Übergriffen Autonomer im Bereich des Lausitzer Platzes in Kreuzberg zu einer Eruption von Gewalt, die große Teile des Stadtteils, unter „SO 36“ bekannt, erfasste, und den vorübergehenden Rückzug sämtlicher eingesetzter Einheiten aus dem Einsatzraum erforderlich machte. In dessen Folge kam es zu massenhaften Plünderungen von Objekten und schwersten Sachbeschädigungen. Erst in den frühen Morgenstunden konnte die Polizei mit allen stadtweit alarmierten herangeführten Verstär-

kungskräften die Lage kontrollieren. Die über Stunden anhaltende, extreme Militanz sowie das polizeiliche Zurückweichen fand in der radikal linken Szene eine außerordentlich hohe Resonanz, die den Maifeiertag in Berlin in den Folgejahren – jeweils mit der Anmeldung und Durchführung sogenannter „Revolutionärer 1. Maidemonstrationen“ – zu einem festen Datum für Ausschreitungen machte. Trotz jeweils unterschiedlicher polizeilicher Konzepte und Intensität von Auseinandersetzungen sowie der zeitweisen Verlagerung in den Ostteil der Stadt ist das Datum bis heute ein

ner linksextremistische Gewalt jedoch nicht an einem 1. Mai, sondern am 14. November 1990, nicht im Szeneviertel Kreuzberg, sondern im benachbarten Stadtteil Friedrichshain. In Erwartung einer polizeilichen Räumung, die jedoch ursprünglich nicht geplant war, kam es zwei Tage zuvor im Bereich der 13 damals besetzten Häuser in der Mainzer Straße zu einem Angriff auf im Nahbereich befindliche Einsatzkräfte. Als diese am Abend, verstärkt durch weitere Einheiten, mit Wasserwerfern vorrückten, wurden die Kräfte – auch von Hausdächern und Balkonen – mit Steinen, Brandsätzen und Gehwegplatten beworfen, was in seiner Intensität bis heute auch für Berliner Verhältnisse beispiellos ist.

Festnahmen waren vor Ort nicht möglich, ohne Polizeibeamte in akute Lebensgefahr zu bringen. Nach polizeilichem Rückzug wurden durch Störer in der Mainzer Straße meterhohe Barrikaden errichtet sowie mit einem Bagger Gräben ausgehoben. Am 14. November 1990 erfolgte ab 6.30 Uhr die polizeiliche Räumung, unterstützt durch zahlreiche Wasserwerfer und Sonderwagen auch aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sowie vom Bundesgrenzschutz. Die Einnahme der Objekte gelang nur



Höhepunkt in den Aktivitäten linksextremistischer Kreise, was die auch in diesem Jahr hohen Teilnehmerzahlen am Aufzug unterstreichen.

Ihren Höhepunkt erlebte die Berli-

Oktober 1981: Ein Betonzahn trennt die Polizei und Gegner der sogenannten Startbahn 18 West am Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt. Foto: Wolfgang Eilmel/dpa



durch pausenlosen Wasserwerfereinsatz sowie den Einsatz von Reizstoffwurfkörpern. Um 8.49 Uhr vermeldete der polizeiliche Verlaufsbericht: „Alle Dächer durch Pol-Kräfte besetzt“. Die

gangenen Jahrzehnte in der Bundesrepublik anzusehen.

Dieser exemplarische Rückblick auf einzelne Brennpunktlagen besonderer Militanz belegt, dass Einsatzlagen wie

lizeilichen Historie vergangener Jahrzehnte, in unregelmäßigen Abständen und unter verschiedenen Vorzeichen immer wieder gegeben, wobei oft die Einheiten der Bereitschaftspolizeien



Februar 1981: In Brokdorf unterstützen Kräfte der Spezialeinsatzkommandos die Bereitschaftspolizei beim Vorgehen gegen militante Störer. Die SEK-Schutzkleidung unterschied sich nur unwesentlich von den regulären Einsatzkräften. Foto: Martin Athenstädt/dpa

Räumung der Mainzer Straße ist bis heute als eine der schwierigsten und gefährlichsten Einsatzlagen der ver-

im März in Frankfurt keineswegs eine „neue Qualität der Gewalt“ darstellen. Derartige Eruptionen hat es in der po-

im Mittelpunkt der Geschehnisse standen. Signifikant verbessert haben sich jedoch – analog zu den thematisierten Großlagen der früheren Jahre – die logistische Betreuung mittels Unterbringungen und die technische und materielle Ausrüstung der Einsatzkräfte.

AUS DEN LÄNDERN

Fachtagung der GdP Niedersachsen erörtert Flüchtlingssituation

Der Flüchtlingsstrom nach Deutschland hat in den vergangenen Monaten dramatisch zugenommen, die Unterbringung der vielen Menschen wird immer problematischer. Die GdP Niedersachsen erörterte bereits Ende Juni bei einer Fachtagung die Situation der Asylsuchenden. Unter den etwa 120 Teilnehmern waren in Hannover zahlreiche Führungskräfte und Personalräte der Polizei. Der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff betonte, wie wichtig es sei, den Verfolgten und Flüchtlingen aus Krisenregionen zu helfen. „Neben der humanitären Verpflichtung übernimmt die Polizei diesen Menschen gegenüber weitere elementare Aufgaben. Doch gerade bei den aktuellen Flüchtlingszahlen besonders an den Standorten der Landesaufnahmebehörden muss sie personell, materiell und fachlich auch darauf eingestellt sein“, sagte er.

Die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf,

erläuterte das zentrale Anliegen der Flüchtlings- und Asylpolitik. Mit Blick

auf die Flüchtlingszahlen in der Landesaufnahmebehörde sagte die Politikerin: „Sie haben auch direkte Auswirkungen auf die Arbeit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten hier in Niedersachsen.“ Die Landtagsfraktionen CDU, FDP, Grüne und SPD machten in einer Diskussionsrunde deutlich, dass ihre Positionen zu großen Teilen recht eng beieinander liegen, wobei eine ausgeprägte Willkommenskultur aufgrund der großen Flüchtlingszahlen vonnöten sei.

Ihre Sichtweisen legten ebenso Klaus Siems von der Landesaufnahmebehörde Braunschweig und Sibylle Naß von „kargah e.V.“, einem Verein für Migrations- und Flüchtlingshilfe, dar. Siems erläuterte, wie schwierig eine geeignete Unterbringung und Betreuung angesichts der enormen Zahl von anreisenden Menschen ist. Naß betonte den Wert der interkulturellen Kommunikation.





Referentin **Doris Schröder-Köpf** bei ihrem Vortrag. Foto: **Jana Herzog**

Schutz vor Überbeanspruchung

Aus der polizeilichen Praxis berichteten Ann Oldiges, Leiterin des Polizeikommissariats Bramsche, Reiner Fladung, Leiter der Polizeistation Querum, und der GdP-Kollege Martin Schilff für die Bundespolizei. Oldiges und Fladung verdeutlichten anhand von Fakten, welche großen Belastungen die Polizistinnen und Polizisten erlebten, die mit den enorm gestiegenen Flüchtlingszahlen befasst seien. Gemeinsam mit Martin Schilff wünschten sie sich vor allem eine angemessene personelle Ausstattung, um die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu entlasten sowie vor Überbeanspruchung zu schützen.

Carsten Rose von der Polizeiakademie präsentierte eine Übersicht der Lehrinhalte und weiterer Anstrengungen hinsichtlich interkultureller Kompetenzen im niedersächsischen Polizeistudium. Landespolizeidirektor Knut Lindenau zeigte sich beeindruckt von den vielfältigen und praxisorientierten Ausführungen.

Dietmar Schilff konstatierte letztlich: „Die überaus große Resonanz zu diesem Thema zeigt, dass es richtig war, der Polizeiführung und der verantwortlichen Politik die Sichtweise der Polizeibeschäftigten zu verdeutlichen und zugleich weitere Perspektiven zu integrieren.“

CH

Die DEUTSCHE POLIZEI wird der Flüchtlingsproblematik ihre Titelseite widmen und dabei vor allem auf die enormen Belastungen für die Polizistinnen und Polizisten überall im Land eingehen.

GdP bei Polizeitagen 2015

Gewalt und Extremismus standen auf der Tagesordnung der Düsseldorfer Mai-Veranstaltung der „Polizeitage 2015“. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow, und R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber des in Bonn erscheinenden „Behörden Spiegel“, spannte der GdP-Chef in seinen einführenden Worten einen weiten thematischen Bogen von der Gewalt bei Fußballspielen über Rechts- und Linksextremismus bis hin zur Bürgerpolizei.

Die seit 2010 jährlich durchgeführten „Polizeitage“ sind eine Veranstaltungsreihe des „Behörden Spiegel“ in Kooperation mit der Gewerkschaft der Polizei. Sie finden in verschiedenen Städten Deutschlands statt. 2015 werden insgesamt vier Veranstaltungen verschiedene Facetten der polizeilichen und gesellschaftspolitischen Themenpalette beleuchten.

Auch Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger fokussierte als politischer Gastgeber mehrere Brennpunkte alltäglicher Polizeiarbeit, so sprach er beispielsweise die Gewalteskalation bei Fußballereignissen, das Bremer Fußballkosten-Modell, extremistischen Islamismus sowie gewaltbereite Salafisten an. Mit einer Ein-

on zwischen Hooligans und Salafisten bewertet und darauf reagiert. In ei-



Oliver Malchow, GdP-Bundesvorsitzender



Arnold Plickert, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und NRW-Landeschef. Fotos (2): **BS/Feldmann**

schätzung der gegenwärtigen Lage im Bereich des Links- und Rechtsextremismus schloss er seinen Vortrag.

Der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und GdP-NRW-Chef, Arnold Plickert, erläuterte im Anschluss sehr plastisch, wie die Polizei ihre Situati-

ner abschließenden Diskussionsrunde „Bürgerpolizei – was heißt das? Dialogbereitschaft oder Stärke zeigen“, die Behörden-Spiegel-Chefredakteur Proll moderierte, debattierten die Landtagsabgeordneten Frank Herrmann (Piraten), Theo Kruse (CDU), Marc Lürbke (FDP), Verena Schäffer (Bündnis 90/Die Grünen), Thomas Stotko (SPD) mit Rainer Peltz, Hauptpersonalratsvorsitzender und stellvertretender GdP-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen.

In der zweiten Jahreshälfte werden im Oktober noch Polizeitage in München mit dem Thema „Vorbeugende Kriminalprävention: Ansätze – Technik – Erfahrungen“ und im Dezember in Hamburg unter dem Motto „Vernetzte Sicherheit in der Hanse- und Olympiastadt“ stattfinden.

Weitere Infos unter:

www.polizeitage.de

Horst Müller/red



Selbstständige Bewältigung von belastenden Situationen – Kriseninterventionsteams stark gefragt

Von Charlotte Haller

Einsatzkräfte retten in erster Linie und werden nicht gerettet! Im Laufe eines „Dienstlebens“ sind Frauen und Männer immer wieder mit belastenden, zum Teil traumatisierenden Ereignissen konfrontiert. Sie müssen Erfahrungen mit Gewalt gegen Dritte, die eigene Person oder gar mit dem Tod machen. Nun stellt sich die Frage, wer kümmert sich um Einsatzkräfte, wenn diese nicht von sich aus um Hilfe bitten?

Die Aufgaben der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gehen oft mit bewegenden und belastenden Ereignissen einher. Die eigenen Widerstandskräfte sind hier im Spannungsfeld zwischen Recht und Ermessen oftmals stark beansprucht, nicht selten sogar überfordert. Die Kriseninterventionsarbeit bietet hier ein Netzwerk aus Beratung und Hilfe durch Fachkräfte zum Erhalt der physischen und psychischen Gesundheit des Menschen, als eine Art psychische erste Hilfe.

Anzahl der Mitarbeiter in Kriseninterventionsteams Stand 2012

Baden-Württemberg	118
Bayern	ca. 300
Berlin	z.Z. 10
Brandenburg	25
Bremen	6-7
Hamburg	4
Hessen	ca. 115
Mecklenb.-Vorpommern	ca. 17*
Niedersachsen	ca. 40**
Nordrhein-Westfalen	8
Rheinland-Pfalz	25
Saarland	16
Sachsen	35
Sachsen-Anhalt	40
Schleswig-Holstein	ca. 36**
Thüringen	14
Bundespolizei	100-120
Bundeskriminalamt	ca. 21

* diese Anzahl ist gerade im Wandel, d.h. nur kurzzeitig aktuell (Gesamtzahl für das jeweilige Bundesland)
 ** errechnet aus den gemachten Angaben

2012 gab es hierzu eine statistische Erhebung, in der alle deutschen Polizeien zu diesem Thema befragt wurden. Ergebnis war, dass trotz festge-

legter Standards und Leitlinien des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe auch hier noch bundesweit Unterschiede in der Herangehensweise und Arbeitsweise im Feld der Krisenintervention bestehen.

Die Krisenintervention leistet ihre hauptsächlichste Arbeit in der sekundären Prävention, das heißt, sie kommt zum Zuge, wenn der „Schaden“ bereits entstanden ist. Das Erleben von psychisch und physisch belastenden Situationen kann bei den Betroffenen verschiedenste Probleme auslösen. Diese können von Schlafstörungen, über Gefühlskälte bis hin zu einer beeinträchtigten Impulskontrolle reichen. Besonders letztgenanntes, die Möglichkeit zum situationsangepassten Handeln, ist für einen Polizeibeamten eine unabdingbare Fähigkeit. Eine Beeinträchtigung dieser kann unter Umständen, zum Beispiel durch Vernachlässigung der Eigensicherung oder übersteigerte Reaktionen, Kollegen und Bürger in gefährliche Situationen bringen und den Erfolg des Polizeieinsatzes aufs Spiel setzen.

Grundqualifikation und den Auswahlkriterien

Ein großes, offenes Themenfeld ist die Ausgestaltung eines solchen Kriseninterventionsteams. Damit eng verbunden ist die Frage nach einer Grundqualifikation und den Auswahlkriterien der Mitarbeiter dieses Teams. Der meistverwendete Ansatz ist der, der Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen. Die 1996 gegründete Bundesvereinigung für Stressbearbeitung nach belastenden Ereignissen

(SbE) entstand in Anlehnung an ein amerikanische Modell (CISM) und hatte als erstes eine systematisierte und standardisierte Anleitung hervorgebracht. Hier werden Kriseninterventionsmitarbeiter in zahlreichen Themengebieten ausgebildet. Hauptschwerpunkte sind der Umgang mit größeren Gruppen von Einsatzkräften oder Einzelpersonen nach belastenden Ereignissen. Die Länder, die die Ausbildung ihrer Teammitglieder selbst in die Hand nehmen, vermitteln ihren Kriseninterventionsmitarbeitern ebenfalls Grundkenntnisse, unter anderem in Psychologie, Traumatologie und psychischer Erste Hilfe.

In den Gesprächen soll ein sicherer Rahmen für Gefühlsäußerungen gegeben und Strategien zur Bewältigung des Erlebten vermittelt werden. Das Hauptziel ist es, dem Betroffenen Kontrolle zurückzugeben sowie die Befähigung zur selbstständigen Bewältigung von belastenden Situationen herzustellen und auch zu erkennen, wann der Betroffene weiterführende Hilfe durch Fachleute benötigt.

Die Polizeidienstvorschrift (PDV) 100 sieht vor, dass im Rahmen der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Bediensteten dafür Sorge zu tragen ist, die Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu fördern. Vorgesetzte haben hierbei die Aufgabe, solche potenziellen Belastungssituationen „rechtzeitig zu erkennen, diesen entgegenzuwirken und Betroffene bei der Bewältigung zu unterstützen und zu begleiten“. Das heißt, zu den Führungsaufgaben gehören dementsprechend eine frühzeitige Alarmierung von Kriseninterventionsteams und ihre umfassende Einbindung in den Einsatz.

Ein bereits gemachter Versuch der Umsetzung dessen wird besonders anhand des Beispiels Niedersachsen deutlich. Das Bundesland schildert in seinem Vorschlag zur Ausgestaltung eines Einsatzabschnitts Betreuung, wie ein solcher zu gestalten ist, welche Unterabschnitte zu bilden sind, wer diesen leitet und welche Kräfte hierfür heranzuziehen sind.

„Dieses Ereignis hat mein Leben verändert“

Die Kriseninterventionsteams (KIT) der Länder und des Bundes verfolgen



zur Verwirklichung der Sekundärprävention teils verschiedene Ansätze und setzen unterschiedliche Schwerpunkte, die oft Resultat der Geschichte der Länder selbst ist. In Bremen kam es 2004 vermehrt zu Suizidfällen von Polizeibeamten. Bei einem Brand in der Lübecker Hafenstraße in Schleswig-Holstein im Jahr 1996 kamen zehn Zivilisten und zwei Kollegen ums Leben.

Ein weiteres Beispiel der aktuelleren Geschichte ist der Angriff auf die Davidwache in Hamburg Ende Dezember 2013, als die Dienststelle auf St. Pauli zum Ziel einer wütenden Personengruppe wurde, bei der man ohne Rücksicht und unter Inkaufnahme schwerer Verletzungen, Einsatzkräfte angriff und Gegenstände auf diese geworfen hatte. Hierbei wurde ein Kollege schwer verletzt und eine ganze Dienstgruppe an ihre emotionalen und körperlichen Belastungsgrenzen geführt.

„Dieses Ereignis hat mein Leben in sich verändert. Nach der Zeit im Krankenhaus hatte ich Momente, da ging es mir richtig gut, teils aber stand ich zitternd hinter der Tür, wenn ich wieder von der Streife nach drinnen kam. Ich hatte Angst. Ich merkte, es geht so nicht weiter.“ So spricht der an jenem Abend schwerverletzte Hamburger Kollege Olaf Kaehne über das Erlebnis über ein Jahr später. Eine weitere Stimme zu jenen Ereignissen ist Führungskraft Nicole Noack: „Nach einem kurzen ‚Geht es allen gut?‘ und der Antwort ‚Ja‘, kam über Funk die Meldung ‚Wir brauchen dringend einen Krankenwagen!‘ Kurz darauf sah ich, wie ein Kollege blutüberströmt in die Wache getragen wurde.“ In diesem Moment habe sie nur gedacht, „das darf jetzt alles nicht wahr sein.“

Nach einem flüchtigen innerlichen Zusammensinken wusste ich, jetzt musst du funktionieren, dazu bist du Chef“, sagte die Dienstgruppenleiterin in der Davidwache. Hier klingen der Zwiespalt der eigenen emotionalen Bedürfnisse und der zu tragenden Verantwortung mit. „Nicht einmal zwei Tage später stand der nächste Dienst an. Alle waren da, aber keiner mehr derselbe. In den Augen meiner Kollegen sah ich an diesem Tag immer noch Angst, Panik und Hilflosigkeit. Die Lebenslust aus der Schicht war weg“, so Noack weiter.

Sowohl die Führung als auch der Einzelne Beamte kämpfen an



Charlotte Haller (25) lebt seit 2013 in ihrer Wahlheimat Mainz: Seit 2010 im Dienst der rheinland-pfälzischen Polizei. Derzeit bin ich in der Polizeiinspektion Oppenheim (PD Mainz) im Wechsel-schichtdienst. 2012 habe ich mich im Rahmen meiner Bachelorarbeit intensiv mit dem Thema Krisenintervention und ihrer bundesweiten Ausgestaltung beschäftigt. Ergebnis hiervon war eine bundesweite Erhebung zum Aufbau und der Arbeitsweise der jeweiligen Kriseninterventionsteams. Als Erweiterung dessen erschien 2015 das Buch „Psychologische Krisenintervention in den deutschen Polizeien“. Mit der investierten Zeit und Arbeit versuchen wir das immer wichtiger werdende Thema der Krisenintervention innerhalb der Polizei bekannter zu machen und somit sukzessive die Entwicklung und Kenntnis, dass es so etwas wie Hilfe für Helfer überhaupt gibt, voranzutreiben. Foto: privat

dem Abend und auch im Nachgang damit, dass der Beruf des Polizeibeamten viel Verantwortung und Stressresistenz im Besonderen erfordert. Nachbereitung und Ressourcenerhaltung waren nachfolgend die entscheidenden Punkte. Hierfür wurde die Krisenintervention in Gang gesetzt. So wurde in diesem Jahr viel geleistet. Hauptverantwortlich hierfür war der gute Zusammenhalt der Schicht und einer der vier Mitarbeiter der Krisenintervention.

Im Nachhinein gab es viele Gespräche in der Gruppe und auch mit den einzelnen Beamten. Dabei ging es darum, was ist passiert, wie gehe ich damit um, auch, dass Menschen unter meiner Führung verletzt wurden, oder wie finde ich einen Weg zurück. „Ich wollte so schnell wie möglich wieder dienstfähig werden“, sagt Kaehne und fügt hinzu, „das war mein oberstes Ziel. Erst im Nachhinein habe ich erkannt, dass dies der falsche Weg war.“

Er spricht offen darüber, wie an diesem Erlebnis seine Ehe zerbrach und wie die Gespräche und die anschließende Therapie ihm geholfen haben, vieles nun aus positivem Blickwinkel zu sehen und Akzeptanz und Verständnis für Entscheidungen und Handlungen hinsichtlich dieses Ereignisses zu empfinden.

Auf die Frage, was man als Fazit für den Werdegang der Krisenintervention verbessern könnte, sind sich Noack und Kaehne einig: „Es muss mehr und frühzeitig Aufklärungsarbeit geleistet und mehr Personal hierfür bereit gestellt werden. Hunderte von Überstunden die die KIT-Mitarbeiter vor sich herschieben, können nicht die Lösung sein.“ Es sollte einen Automatismus geben und darf nicht davon abhängen, ob ein Vorgesetzter nun gerade daran denkt, sich an das KIT zu wenden oder dieses alarmieren zu lassen, schon gar nicht wenn dieser Vorgesetzte selbst betroffen ist.

Die Konfrontation beispielsweise mit Tod und Schwerverletzten und somit auch der eigenen Vergänglichkeit zählen zu den belastenden Ereignissen, mit denen sich Einsatzkräfte der Polizei jederzeit auseinandersetzen müssen.

Aus dieser Betroffenheit heraus hat man Angebote zur Einsatznachsorge geschaffen, um die zuvor erwähnten „Schäden“ möglichst gering zu halten.

Die Kriseninterventionsarbeit benötigt Zeit und orientiert sich am Tempo des Betroffenen. Es bleibt festzuhalten, dass Kriseninterventionsarbeit an dieser Stelle nur eine Brückenfunktion leisten und Beratungs- und Betreuungsgespräche mit dem Betroffenen übernehmen kann, bis dieser in eine – falls notwendig – weiterführende Therapie übergeben werden kann.



GdP-Senioren bei Deutschem Seniorentag in Frankfurt

Der Hitze trotzend fanden Anfang Juli rund 15.000 Besucherinnen und Besucher den Weg ins Congress Center nach Frankfurt am Main zum 11. Deutschen Seniorentag, der alle drei Jahre von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) veranstaltet wird.

Die GdP-Seniorengruppe (Bund), die Mitglied der BAGSO ist, nahm erstmals mit einem eigenen Infostand teil, an dem an allen drei Tagen Mitglieder des Bundesseniorenvorstandes und aus der Seniorengruppe des Landesbezirks Hessen die Besucher über wichtige Themen informierten. Der stellvertretende Bundesvorsitzende Jörg Radek war Teilnehmer einer von der GdP organisierten Podiumsdiskussion zum Thema „Sicher Leben im Alter“.

Auf der über 10.000 Quadratmeter großen Ausstellungsfläche informierten über 250 Aussteller und Organisationen, darunter der gut besuchte Stand der GdP-Seniorengruppe (Bund), über innovative Dienstleistungen und Produkte. Besondere Aufmerksamkeit rief die Ausgabe des kleinen GdP-Info-Folders unter anderem mit Angaben über Krankheiten, Blutgruppe, Medikamente und die GdP-Broschüre „Vorsorge“ als praktische Unterlage für das Ausfüllen von Vollmachten, Patientenverfügungen,

Vorbereitungen für Testamente und andere Mustervorlagen hervor.

Am letzten Tag bot die GdP eine Podiumsdiskussion über das Thema „Sicher Leben im Alter“ an. Unter der Leitung von Zeitungsredakteur Wolfgang Degen diskutierten Ute Glasemann, Vorsitzende einer Frankfurter Initiative gegen Gewalt im Alter, Polizeihauptkommissarin Stefanie Corporan Romero vom Sachgebiet Opferschutz der Frankfurter Polizei und GdP-Vize Radek. Beleuchtet wurden die Angst vor und das Trauma nach Wohnungseinbrüchen, Warnungen vor sogenannten Kaffee-Fahrten, Polizeiliche Präventionsangebote, die Betreuung nach Straftaten und die Entwicklung der Gesamtkriminalität unter demographischen Vorzeichen. So würden 2040 rund zehn Prozent weniger Straftaten prognostiziert. Weiter ging es um Trickdiebstähle wie den „Enkeltrick“, den Umgang mit Senioren als Täter, Gewalt in der Pflege durch Pflegenden, aber auch durch Demenzkranke an Pflegenden.

H.W. Fischer/red




THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich!
Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com

**AHG Zentrum für Verhaltensmedizin
Bad Pyrmont**



Akademisches Lehrkrankenhaus der Medizinischen Hochschule Hannover

Ärztl. Direktor und Chefarzt
Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:


- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Kostenträger:
Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666 oder per E-Mail unter: pfkpyrmont@ahg.de
Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/Pyrmont
Anschrift: Bombergallee 10, 31812 Bad Pyrmont

Anzeige



**Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin**
Berlin School of Economics and Law

An der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin ist folgende Stelle für eine/einen

Professorin/Professor
(Bes. Gr. W2)

zu besetzen:

am **Fachbereich 5 „Polizei und Sicherheitsmanagement“**

Nachausschreibung
zum nächstmöglichen Zeitpunkt
Kriminalistik mit Schwerpunkt Kriminaltechnik
Kennziffer: 20/2015

Bewerbungen auf die Professur sind bis zum **18. September 2015** mit aussagekräftigen Nachweisen - soweit vorhanden auch Ergebnissen von Lehrevaluationen - und Zeugnissen zur Erfüllung der Einstellungsvoraussetzungen und unter Angabe der Kennziffer an die **Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Ref HL 1, Christine Bartel-Bevier, Badensche Str. 52, 10825 Berlin**, zu richten. Wir bitten, Bewerbungsunterlagen nur in Kopien und nicht in Mappen vorzulegen, da die Unterlagen nicht zurückgesandt werden; sie werden nach Abschluss des Auswahlverfahrens vernichtet.

Das detaillierte Stellenprofil, die Anforderungen für die Berufung zur Professorin/zum Professor sowie weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.hwr-berlin.de/nc/aktuelles/stellenmarkt-stipendien-wettbewerbe/stellenausschreibungen/>
sowie unter:
<http://www.uas7.de/Qualitaetsstandards.54.0.html#>

**SEI VORSICHTIG
UNTERWEGS!**



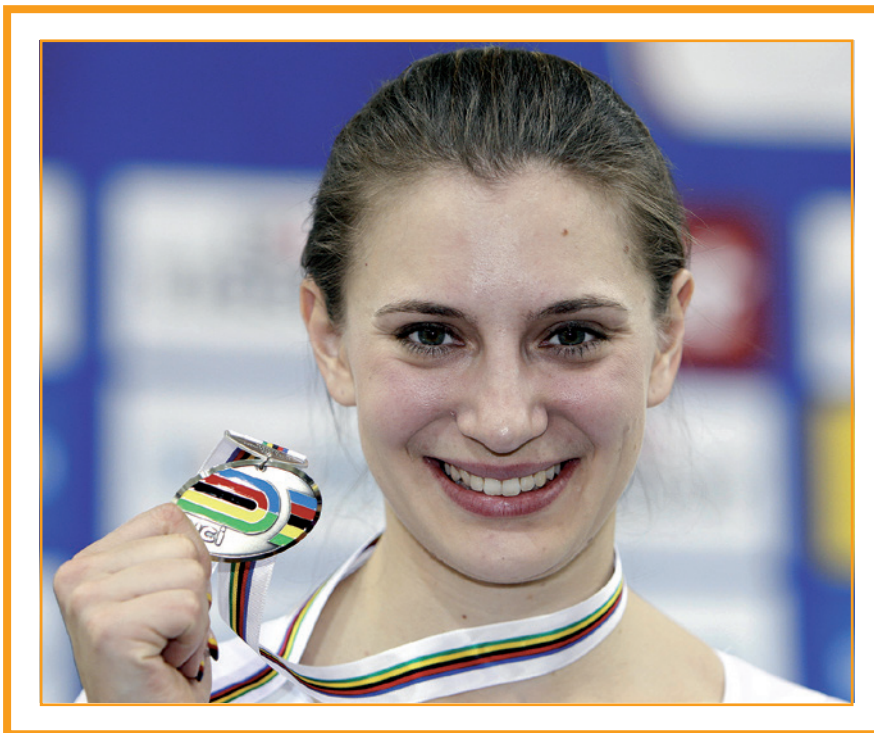
Wichtige
Informationen
findest Du auf:

www.PolizeiDeinPartner.de



GdP-Mitglied und Olympiasiegerin Miriam Welte neue Botschafterin des WEISSEN RINGS

Die amtierende Bahnrad-Olympiasiegerin und Weltmeisterin Miriam Welte ist neue Botschafterin des WEISSEN RINGS, berichtete Deutschlands größte Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer Mitte Juni. Die gebürtige Kaiserslauterin trete in ihrer neuen Funktion für eine bessere öffentliche Wahrnehmung der schwierigen Situation der Betroffenen ein. „Ich unterstütze den WEISSEN RING, weil ich als Polizistin immer wieder Kontakt zu Opfern habe und weiß, wie wichtig es ist, ihnen zu helfen. Die Organisation bietet genau diese Hilfe an. Ich hoffe, dass ich durch mein Engagement den betroffenen Menschen Mut mache, die angebotene Hilfe in Anspruch zu nehmen.“



Miriam Welte ist neue Botschafterin von Deutschlands größter Hilfsorganisation für Kriminalitätsoffer, dem WEISSEN RING.

Foto: Hennes Roth

Roswitha Müller-Piepenkötter, Bundesvorsitzende des WEISSEN RINGS, betonte, dass es für den Opferhilfegedanken in Deutschland von herausragender Bedeutung sei, wenn angesehene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als Botschafter auf die Situation von Kriminalitätsoffer aufmerksam machten. Welte tue dies mit einer besonderen Überzeugungskraft, die viele Menschen ermutige, sich mit der schwierigen Lebenssituation von Kriminalitätsoffern und ihren Familien sowie

mit der Arbeit des WEISSEN RINGS zu beschäftigen. „Für dieses weithin sichtbare Zeichen gelebter Verantwortung und die Verbundenheit mit den Zielen und Aufgaben des WEISSEN RINGS danke ich Miriam Welte ausdrücklich“, sagte Müller-Piepenkötter.

Erfolgreiche Sportlerin

Die 28-jährige Welte ist Polizeikommissarin bei der Landespolizei

Rheinland-Pfalz. Bei den Olympischen Spielen in London 2012 gewann sie die Goldmedaille im Teamsprint gemeinsam mit Kristina Vogel. In Weltrekordzeit errang Welte im gleichen Jahr erstmals den Weltmeistertitel im Teamsprint. 2013 und 2014 folgten drei weitere Weltmeistertitel im Teamsprint sowie im 500-Meter-Zeitfahren. Welte hat in ihrer Karriere bislang sieben Deutsche Meister-Titel gewonnen. Neben Welte gehören unter anderen der Schauspieler Til Schweiger, die ehemalige Box-Weltmeisterin Regina Halmich und Fernsehmoderator Jean Pütz zu den Botschaftern des WEISSEN RINGS.

Der 1976 in Mainz gegründete Verein unterhält ein Netz von rund 3.200 ehrenamtlichen, professionell ausgebildeten Opferhelfern in bundesweit 420 Außenstellen und hat etwa 50.000 Mitglieder in 18 Landesverbänden. Er finanziert seine Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, testamentarischen Zuwendungen sowie von Gerichten und Staatsanwaltschaften verhängten Geldbußen.

PM/mzo



INTERN

Leserumfrage zur GdP-Fachzeitschrift „Kriminalpolizei“

Liebe Leserin, lieber Leser, beziehen oder lesen Sie die GdP-Fachzeitschrift „Die Kriminalpolizei“?

Dann haben wir eine Bitte: Folgen Sie diesem LINK und nehmen an unserer Online-Umfrage teil:

<https://www.unipark.de/uc/gdp/>

Der Link ist vom 26. August bis zum 30. September freigeschaltet.

Die Redaktion der „Kriminalpolizei“ will ihr Produkt noch besser an den Bedürfnissen der Kollegenschaft ausrichten und hat daher großes Interesse an Ihrer Meinung. Die Auswertung erfolgt über die Uni Trier. **red**



Problemlöser auf Augenhöhe

Erster Polizeibeauftragter Deutschlands im Gespräch

Dieter Burgard ist ein vielgefragter Mann, sein Arbeitsspektrum demzufolge sehr breit. Der 60-Jährige hat stets ein offenes Ohr für Beschwerden und Vorschläge. So ist es seine Aufgabe, bei Problemen mit Verwaltungen nach Lösungen zu suchen. Er selbst sieht sich als Lotse für die Bürgerinnen und Bürger, die den immer komplexer werdenden Verwaltungsstrukturen teils hilflos gegenüberstehen. Überparteilich und unabhängig setzt er sich für eine schnelle Klärung ein und versucht, entsprechend seiner Möglichkeiten eine Annäherung der Positionen zu erreichen. Nunmehr auch für Polizistinnen und Polizisten.

DEUTSCHE POLIZEI (DP): Herr Burgard, Bürgerbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz sind Sie schon länger, seit einem Jahr nunmehr auch Polizeibeauftragter. Rechtfertigen Ihre ersten Erfahrungen die Schaffung dieser Funktion?

Dieter Burgard: Kein Widerspruch. Rheinland-Pfalz ist neben Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Schleswig-Holstein eines von nur vier Ländern mit einem unabhängigen

Bürgerbeauftragten. Wir haben diese Funktion ja schon seit 40 Jahren. Immer wieder kamen Bürgerinnen und Bürger, die sich dann und wann auch über die Polizei beschwert haben. Zu mir kamen aber auch Polizeibeamte, die Probleme mit dem Dienstherrn hatten, die beispielsweise bei Beförderungen kurz vor dem Ruhestand schon den Dienstweg ausgeschöpft hatten und meinen Rat suchten. Das

geschah rund 15 Mal pro Jahr. In meinem ersten Jahr als Polizeibeauftragter hatte ich schon über 80 Petitionen. Es hat mich auch überrascht, dass es beinahe so viele Eingaben aus den Reihen der Polizei wie von Bürgern gab. Entgegen der rot-grünen Koalitionsvereinbarung von 2011, die eigentlich nur eine Beschwerdestelle vorsah, haben wir nach einer Sachverständigenanhörung – übrigens auch unter Beteiligung der regionalen GdP – mit der Funktion des Beauftragten für die Landespolizei etwas gefunden, das nach erstem Anschein gut angenommen wird. Der entscheidende Unterschied zu womöglich ähnlichen Institutionen ist die Unabhängigkeit von jedweder an ein Ministerium gebundenen Struktur. Die Menschen können sich daher vertrauensvoll an mich wenden. Auch, weil ich mit dem Minister oder den Staatssekretären unabhängig und auf Augenhöhe in Gespräche gehen kann.

DP: Das heißt, man kennt Sie im Land?
Burgard: Ich habe bereits einige Po-

Anzeige



Unser Schutzpaket für Polizeianwärter

Weil Sie immer alles geben,
geben wir auch immer alles für Sie.

Die SIGNAL IDUNA Gruppe bietet allen Beschäftigten der Polizei umfassenden Versicherungsschutz für die Zeit während und nach der Ausbildung. Und: Durch den Spezialversicherer Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft (PVAG), einem Gemeinschaftsunternehmen von SIGNAL IDUNA und GdP, kennen wir die speziellen Bedürfnisse von Polizisten und Polizistinnen besonders gut.

SIGNAL IDUNA Gruppe, Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst

Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551, polizei-info@pvag.de, www.pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen





lizeidienststellen besucht, mit den Kolleginnen und Kollegen Kontakt aufgenommen und für meine Tätigkeit geworben. Das passiert übrigens auch schon an der Hochschule, wo wir die jungen Beamten mit dem Polizeibeauftragten bekannt machen. Natürlich mussten wir – ich arbeite ja nicht gänzlich allein – uns mit den Arbeitsbedingungen und dem Arbeitsumfeld vertraut machen, also beispielsweise Fußballspiele begleiten. Wir können uns jetzt tatsächlich ein Bild davon machen, was es heißt von morgens acht bis abends acht ein Hochrisikospiele zu begleiten, welche Belastungen auftreten und wie groß auch die Gefahr von durchaus ernsthaften Verletzungen oder Traumatisierungen ist. Wir hatten jetzt gerade erst einen Fall, bei dem ein Kollege, der vor zwei Jahrzehnten bei dem furchtbaren Flugzeugunglück auf dem Militärflugplatz in Ramstein eingesetzt war, durch irgendeinen Auslöser ein wohl lang verschüttetes Trauma erlitt, das die Fortführung des Dienstes unmöglich machte. Auch wenn das für den Kollegen ein sehr einschneidendes Erlebnis ist, so verständlich ist es, dass der Dienstherr zunächst auf Fristen und so weiter beharrt. Da sind Konflikte vorprogrammiert, da sind wir Ansprechpartner und da steigen wir dann ein.

DP: Das ist ein typischer Fall?

Burgard: Die Bandbreite ist groß. Das reicht von Dienstunfällen über interne Stellenausschreibungen, Beförderungsfällen, soziale Missstände in der Dienststelle, Dienstsport, Personalmangel, die Schadensregulierung bei Wohnungsdurchsuchungen bis zur Anerkennung längerer Lebensarbeitszeit. Uns erreichten auch schon Beschwerden von Frauen, die in den Polizeidienst eintreten wollten, aber an der Mindestgröße scheiterten. Wir haben dann festgestellt, dass es bundesweit sehr unterschiedliche oder gar keine Regelungen dazu gibt, bei der Bundeswehr ist es nochmal anders, und dann haben wir das erstmal in den Innenausschuss getragen. Sehen Sie, das ist ja ein Stück Diskriminierung, wenn man weiß, dass rund 20 Prozent der Frauen rein biologisch bedingt die vorgeschriebene Mindestgröße erst gar nicht erreichen können. Womit wir jetzt immer häufiger zu tun haben, sind Tattoos. Da gibt es Regelungen, die diskutiert werden sollten. Wenn jemand ein nicht extre-



**Deutschlands erster Polizeibeauftragter
Dieter Burgard** Foto: Zielasko

mistisches, gut zu verdeckendes Tattoo besitzt, kann man zumindest die Frage stellen, warum es zwingend zu entfernen ist, wenn man Polizist werden will. Und: Wir haben auch schon Gespräche zwischen Bürgern und der Polizei vermittelt, wenn es Unstimmigkeiten über bestimmte Kontrollmaßnahmen gab. Es ist eine wesentliche Aufgabe des Polizeibeauftragten die situativen Befindlichkeiten der jeweiligen Seite der anderen verständlich zu machen. Da der Polizeibeauftragte einen jährlichen Bericht vorlegt, wird nunmehr auch der Minister regelmäßig im Bilde sein. Das war zuvor noch anders.

DP: Sind Sie schon von Bürgern auf Fälle angesprochen worden, wo von Außenstehenden Polizeieinsätze gefilmt und ins Internet gestellt wurden?

Burgard: Ja, es gab zwei gravierende Fälle. Einmal bei Montabaur und in Mainz. Kontrollmaßnahmen, die eskaliert sind. Da sind aber die Staatsanwaltschaften zuständig. Nur, wenn keine Ermittlungen aufgenommen wurden, kann ich mich einklinken, ansonsten bin ich außen vor. Es gab aber Probleme mit anstehenden Beförderungen von Beteiligten solcher Vorfälle. An den Beauftragten für die Landespolizei gerichtete Beschwerden über Polizeiverhalten führen jetzt nicht mehr – mehr oder weniger automatisch – dazu, dass Beförderungsverfahren gestoppt werden.

DP: Anfang Juni wurde in den Medien über Vorfälle in einer Hannoveraner Bundespolizeidienststelle berichtet, wo ein

Beamter sowohl Festgenommene wie auch eigene Kollegen offenbar über einen längeren Zeitraum drangsaliert hat. Wir würden Sie als Polizeibeauftragter einen solchen Fall angehen?

Burgard: Zunächst würde ich die Stellungnahme des Ministeriums einfordern. Da liegt die Ermittlungskompetenz. Ich selber, um das noch einmal klarzustellen, ermittele nicht. Denkbar ist aber schon, dass ein Bürger möchte, dass ich ein Gespräch in der Dienststelle führen soll, wo es Beschwerden gegeben hat. Bei strafrechtlichen Ermittlungen habe ich übrigens als Polizeibeauftragter kein Recht auf Akteneinsicht, als Bürgerbeauftragter jedoch schon.

DP: Und wenn Sie ein anonymen Kollege anspricht?

Burgard: Mir gegenüber ist er ja nicht anonym. Ich habe ja die Anschrift. Da war beispielsweise ein Kollege, der kurz nach Eintritt in den Ruhestand erstmal fünf Seiten geschrieben hat, was in der Dienststelle alles nicht rund läuft und mir das Ganze zugeschickt hat. Die aus meiner Sicht wichtigsten Informationen habe ich dann weitergegeben. Oder der Kollege, der sich über das Betriebsklima beschwert und nicht namentlich genannt werden wollte. Natürlich akzeptieren wir das.

DP: Die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen, Irene Mihalic, fordert eine zentrale Anlaufstelle, wo Bürger und Polizeibeamte Unregelmäßigkeiten berichten können. Das haben Sie in Rheinland-Pfalz umgesetzt, oder?

Burgard: Zunächst wollten die Landes-Grünen nur eine Beschwerdestelle über die Polizei. Im Laufe der Beratungen ist aber klar geworden, dass das erstens nicht ausreicht und zweitens auch nicht die Akzeptanz aller Beteiligten finden würde. Letztendlich war jedem klar, dass eine solche Stelle auch personell entsprechend ausgestattet sein müsste. Natürlich mit Fachleuten, die sich mit der Polizei gut auskennen.

DP: Als Polizeibeauftragter sind Sie aber noch solo hierzulande ...

Burgard: Ja, zwar hat fast jedes Polizeipräsidium ein Beschwerdemanagement, aber einen Polizeibeauftragten gibt es momentan kein zweites Mal.

DP: Kritiker sagen, es gäbe schon zahlreiche Möglichkeiten für Polizisten,





sich an verschiedene Institutionen zu wenden ...

Burgard: Also Beschwerdestellen zielen ja hauptsächlich auf Bürgeranliegen. Polizeibeamte müssen ja oft den Dienstweg einhalten und damit klarkommen. Bei Mobbingvorfällen zum Beispiel. Das ist nicht für alle einfach. Mit dem für acht Jahre in den Landtag gewählten Polizeibeauftragten hat sich die Situation für die rheinland-pfälzischen Polizisten geändert. Ihr GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach hat diese Position immer mit dem Wehrbeauftragten verglichen. Allerdings kann ich tatsächlich mehr machen. Sehen Sie, wenn ich in eine Dienststelle komme, wo sagen wir, die Schießhalle abgebrannt ist und sich nichts tut, dann spreche ich den Minister direkt an und frage, woran es hakt.

DP: Nehmen wir noch einmal den Fall einer internen Beschwerde. Reichen Personalräte, Gleichstellungsbeauftragte oder Anti-Mobbingkommissionen als Anlaufstellen für die Kolleginnen und Kollegen nicht aus? Fehlt den Betroffenen vielleicht der Mut solche Stellen zu nutzen?

Burgard: Den von Ihnen genannten Stellen fehlt das politische Gewicht. Ich sitze im Landtag. Dort habe ich die Möglichkeit, mir berichtete strukturelle Defizite auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Das heißt, vor dem Hintergrund einer Beschwerde kann ich politisch agieren, also auch direkt mit den Entscheidungsträgern.

DP: Sind Sie im Landtag in Ihrer Funktion ein gern gesehener Kollege?

Burgard: Kommt darauf, wie man

damit umgeht. Als Landtagsabgeordneter kennt man ja die meisten recht gut. Klar, ich kann auch mal lästig sein. Am Ende des Tages wollen wir aber alle Transparenz, was polizeiliches Handeln angeht. Da machen schon alle mit. Und die Doppelfunktion Bürger- und Polizeibeauftragter macht da Sinn. Auch wenn von der Opposition jetzt auch noch ein Feuerwehreauftragter oder ein Lehrerebeauftragter gefordert wird. Im Gegensatz zu den Genannten hat aber polizeiliches Handeln eben deutlich häufiger mit Vollzug, Einschränkung und Durchsetzung staatlicher Gewalt zu tun. Es handelt sich durchaus um massive Eingriffe. Mehr Beauftragte brauchen wir daher meiner Meinung nach nicht.

DP: Empfehlen Sie der GdP ihre ablehnende Position zu Polizeibeauftragten zu überdenken?

Burgard: Ja, das bringt die Polizei auf jeden Fall weiter. Nehmen wir den Personalstand. Wir haben mit dafür gesorgt, dass in Rheinland-Pfalz wieder mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt werden. Wir haben in manchen Dienststellen ein Durchschnittsalter von 52 Jahren. Überalterung ist auch das Thema eines Polizeibeauftragten.

DP: Sie möchten also möglichst bald eine Jahrestagung der deutschen Landes- und Bundespolizeibeauftragten leiten?

Burgard: Ja gerne. Oder haben Sie etwas dagegen, dass Polizeibeamtinnen und -beamte jemanden von außen ansprechen können, der ihre persönlichen Belange auf entsprechender politischer Ebene vertritt? Als

Gewerkschaft bleibt Ihnen jedenfalls noch genug zu tun. Wir stehen in keiner Weise in Konkurrenz, eher im Gegenteil. Es ist ja auch so, dass ich mit der GdP zusammenarbeite und Impulse bekomme. Die Kollegen sagen, Du, da arbeiten wir gerade dran, vielleicht kannst Du uns unterstützen. Die Palette der Anfragen ist sehr breit. Und oft konnte ich Dinge anstoßen und auch bewegen, die letztlich übergeordnet angesiedelt waren und dadurch auch andere Kolleginnen und Kollegen betreffen. Das können ganz alltägliche Dinge sein wie Paarbeziehungen in einer Inspektion und die womöglich einem Leitbild widersprechen. Über solche Dinge müssen wir doch reden können.

DP: Von einer internen Sonder-Beschwerdestelle, so wie sie unlängst der Präsident der Bundespolizei, Dieter Romann, vorgeschlagen hat, halten Sie nicht viel?

Burgard: Genau, es ist gut, und da wiederhole ich mich, wenn einer von Draußen reinschaut, unabhängig ist und vielleicht die eine oder andere Frage stellt, die ein interner womöglich nicht stellen würde. Außerdem ist meine Funktion ja keine politische Einbahnstraße. Ich höre auch dem Innenminister gerne zu, wenn er ein polizeiliches Thema auf dem Herzen hat und Informationen und Einschätzungen benötigt. Es ist für ihn wichtig zu wissen, wie die Stimmung ist und was so läuft. Da ich stets ein Ohr an der Basis und bei den Präsidenten habe, weiß ich das.

DP: Die GdP kümmert sich seit Jahren um das Thema Psychische Belastung am Arbeitsplatz ...

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen



Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

- Spezielle Behandlungskonzepte zu
- Burn-out Symptomatik
 - Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
 - depressiver Erschöpfung
 - Angstsymptomatik
 - Traumatherapie
 - Missbrauch von Suchtmitteln
 - onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622





Burgard: ... Ja, die psychologische Begleitung der Kolleginnen und Kollegen muss stärker werden. Neulich sind junge Kollegen bei einem Fußballspiel mit Gedärmen und Innereien beworfen worden. Das war schon heftig. Die Beamten konnten den Dienst nicht mehr antreten. An Nachsorge ist nicht viel passiert. Das wird halt noch nach Schema abgearbeitet.

DP: Sie haben einige Fälle geschildert, wo Sie tätig wurden. Es scheint, als hätten Sie genug zu tun?

Burgard: Ich war über die Fülle der Eingaben schon erstaunt. Andererseits wird das auch klar, wenn man beispielsweise einen Großeinsatz begleitet. Was die Kolleginnen und Kollegen da leisten müssen, hätte ich mir so gravierend nicht vorgestellt. Und auch die Schilderungen mancher Bürger, die sich über den Umgang mit ihnen beklagten, zeigten, dass sonst vielleicht vieles unter den Tisch gefallen wäre. Das muss ja nicht alles in ein Disziplinarverfahren münden.

DP: Berichten Polizeibeamte Ihnen gegenüber über mehr Gewalt?

Burgard: Auf jeden Fall. Öfter aber über zunehmende Respektlosigkeit.

DP: ... auch eine Aufgabe für den Polizeibeauftragten?

Burgard: Ich habe genau dieses Problem in meiner 100-Tage-Bilanz erwähnt und es zu einem meiner Hauptthemen gemacht.

DP: Ihr Innenminister ist gerade IMK-Vorsitzender. Er hätte jetzt noch ein halbes Jahr, um die bundesweite Einrichtung des Polizeibeauftragten doch vorantreiben?

Burgard: Ja, das könnte er. Fakt ist, dass die Schaffung einer solchen Stelle samt fachlichem Unterbau Geld kostet. Und da wird es ja wieder spannend. Außerdem muss der Polizeibeauftragte gesetzlich verankert und sein Wirken definiert werden.

DP: Es wäre eine historische Chance.

Burgard: Zumindest wäre es sehr innovativ. Ich wäre aber schon froh, wenn es überhaupt zu einem übergreifenden Austausch über diese Thematik kommen würde.

DP: Herr Burgard, vielen Dank für das Interview.

Das Gespräch führten Wolfgang Schönwald und Michael Zielasko.

Europäischer Führerscheintourismus: Missbrauch unterbinden

Von Peter Schlanstein

Der Führerschein gilt nicht nur als Symbol für Unabhängigkeit und Freiheit. Wer autonom mobil sein will, bleibt regelmäßig auf den Führerschein angewiesen. Der Aufwand, diesen zu erwerben, ist mit einigen Kosten verbunden. Wird aber die Fahrerlaubnis, insbesondere durch Alkohol am Steuer, einmal entzogen, bedeutet dies oft erheblichen Stress für den Betroffenen. Besonders sitzt ihm die Angst im Nacken, wenn er sich für den Neuerwerb zuvor der nach deutschem Recht geforderten Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU) – auch „Idiotentest“ genannt – stellen muss. Als trickreiche Alternative versuchen einige Probanden daher, in andere EU-Mitgliedstaaten auszuweichen, um sich dort, mittels wesentlich leichter Erteilungsvoraussetzungen, schnell und preiswert wieder in den Besitz eines Führerscheins zu bringen.

Im seit Jahrzehnten stark vom Europarecht geprägten Fahrerlaubniswesen ist die gegenseitige Anerkennung von Führerscheinen für die Mitgliedstaaten der Union Ausdruck der in den EU-Verträgen garantierten Freizügigkeit. Mit der inzwischen umgesetzten 3. EU-Führerschein-Richtlinie sind die Fahrerlaubnisklassen sowie die Voraussetzungen für die Erteilung einer Fahrerlaubnis weiter harmonisiert worden, um die ehemals mehr als 110 verschiedenen Führerscheindokumente durch die Einführung eines einzigen Führerscheinmusters zu vereinheitlichen.

Umgehung deutscher Eignungsregeln

Dennoch stellt bis heute die Anerkennung ausländischer Führerscheine regelmäßig Polizei, Fahrerlaubnisbehörden, Gerichte und Anwälte vor oft erhebliche Probleme. Noch immer wird zu häufig das vermeintliche Recht dazu genutzt, strengere Anforderungen im Heimatland beim Erwerb beziehungsweise – im Entziehungsfall – beim Wiedererwerb einer Fahrberechtigung zu umgehen.

Während die Voraussetzungen für die Erteilung einer Fahrerlaubnis EU-weit hinsichtlich der Befähigung umfassend harmonisiert sind, gilt dies, wenigstens was die Grundanforderungen betrifft, noch bezüglich

der geistigen und körperlichen Eignung. Allerdings wurde der gesamte Bereich der Eignung in charakterlicher Hinsicht, einschließlich der Untersuchungsmethoden und Beurteilungsstandards, die in Deutschland zum Beispiel in eine von den Probanden gefürchtete MPU münden können, auch von der jüngsten Führerschein-Richtlinie nicht erfasst und somit nicht harmonisiert.

MPU oft wegen Alkohol – Tendenz steigend?

Mit 48 Prozent bildet die Ursache Alkohol nach wie vor die stärkste Anlassgruppe der jährlich über 90.000 durchgeführten MPU-Gutachten, wobei etwa die Hälfte der Kandidaten laut Bundesanstalt für Straßenwesen im ersten Anlauf an den Anforderungen scheitert. Gegenwärtig wird in der Verkehrspsychologie und der Verkehrsmedizin überdies verstärkt gefordert, wie in neuerer Rechtsprechung bereits bestätigt, statt bisher bei 1,6 Promille künftig schon bei Erreichen von 1,1 Promille eine MPU anzuordnen.

Sollte sich die Schwelle für die zwingende Anordnung einer MPU aufgrund Alkoholmissbrauchs nach Paragraph 13 Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) in diesem Sinne reduzieren, dürften in der Praxis wesentlich mehr Fälle einer von den Probanden gefürchteten Fahreignungsbegutach-





So werben Firmen im Internet für Führerscheine aus Polen

Foto: dpp-AutoReporter

tung vorkommen – und damit auch das Interesse bei den Kandidaten steigen, durch einen EU-Führerschein die als schwer zu bestehende und kostspielig empfundene MPU zu umgehen zu versuchen.

Problem: Schlupflöcher schließen

Tatsächlich fällt es bei Verlust einer deutschen Fahrerlaubnis, zum Beispiel aufgrund von Drogen- oder Alkoholmissbrauch, in anderen Mitgliedstaaten oftmals wesentlich leichter, einen Führerschein zurückzugewinnen. Manche in Deutschland ungeeignete Kraftfahrer versuchen deshalb, die heimischen Fahreignungsregeln bei einem kleinen Urlaub im benachbarten, großzügigeren Mitgliedstaat zu umgehen, woraus sich der Begriff „Führerscheintourismus“ entwickelt hat.

Leider ist zu konstatieren, dass – seit der sogenannten Rechts-sache Kapper – bis heute jedoch alle Versuche mehr oder weniger gescheitert sind, eine klare Struktur in dieses unrühmliche Thema zu bringen. Die Gründe dafür liegen einerseits in dem in Europa stark divergierenden Recht der Eignungsvoraussetzungen zum Erwerb der Fahrerlaubnis und andererseits in dem damit nur schwer in Gleichklang zu bringenden Primat der Freizügigkeit. So ist ein EU-Mitgliedstaat nicht dazu berechtigt, einer in

einem anderen Mitgliedstaat erteilten Fahrerlaubnis aus Gründen etwaiger Rechtswidrigkeit die Anerkennung zu verweigern, falls nicht unbestreitbare Erkenntnisse des Ausstellerstaats vorliegen, dass der Führerschein unter Verletzung des Rechts der Richtlinie ausgestellt worden ist. Solche Ausnahmen zur grundsätzlichen Anerkennungsverpflichtung ausländischer Führerscheine lässt der Europäische Gerichtshof (EuGH) nur in engen Grenzen zu. Wo dies aus Gründen der Verkehrssicherheit zu beklagen ist, versuchen Polizei und Fahrerlaubnisbehörden, die Erkenntnisquellen zu erweitern, vorhandene Interventionsmöglichkeiten auszuloten und damit die bewusst geringen Möglichkeiten einer Nichtanerkennung möglichst auszuschöpfen.

Nachweis der Ungültigkeit einer EU-Fahrerlaubnis

Die Ausnahmen der generellen Pflicht zur Anerkennung von in Europa ausgestellten Führerscheinen sind einfach geschildert. Denn in der Praxis sind im Wesentlichen zwei Fälle von Bedeutung, in denen der aufnehmende Staat es verweigern darf, die in einem anderen Mitgliedstaat erteilte Fahrerlaubnis anzuerkennen. Zum einen wird die Erteilung einer Fahrerlaubnis innerhalb einer Entziehung oder Sperrfrist eines anderen Landes nicht akzeptiert. Zum anderen gilt ein Ausnahmetatbestand beim Verstoß gegen

das sogenannte Wohnsitzerfordernis, also im Wesentlichen der Verpflichtung, wegen persönlicher oder beruflicher Bindungen wenigstens 185 Tage im Ausstellungsstaat des Führerscheins gewohnt zu haben. Ins deutsche Recht wurden diese Vorschriften weitgehend durch die Paragraphen 7 und 28 FeV umgesetzt.

Negativabgleich bei Entziehung oder Sperrfrist

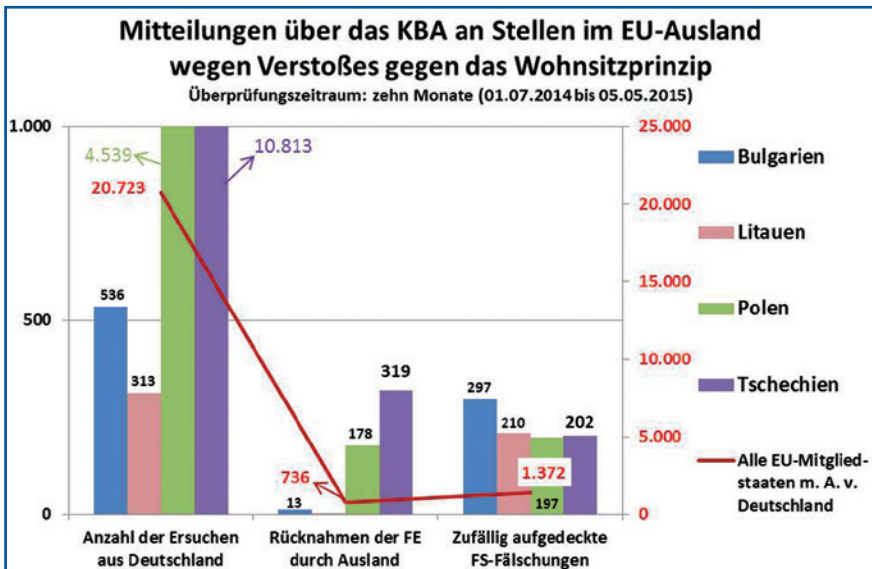
Bei einer Verkehrs- und Fahrerlaubniskontrolle darf und kann die Polizei zu ihrer eigenen Aufgabenerfüllung Auskünfte im automatisierten Verfahren gemäß Paragraf 36 Straßenverkehrsgesetz (StVG) aus dem Zentralen Verkehrsinformationssystem (ZEVIS) nicht nur Fahrzeug- und Halterdaten, sondern auch sogenannte Negativdaten zu Fahrerlaubnissen beim Kraftfahrtbundesamt (KBA) einholen.

Im dort unter anderem geführten Fahreignungsregister (FAER) werden alle Entscheidungen der deutschen Fahrerlaubnisbehörden über die Entziehung, Versagung oder Neuerteilung einer Fahrerlaubnis sowie Entscheidungen über Maßnahmen nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem registriert: Letztere sind Maßnahmenstufen der Ermahnung oder Verwarnung, bis es, bei Erreichen von acht Punkten, zur Entziehung der Fahrerlaubnis kommen kann. Über diese Informationen ist auch die Polizei berechtigt, im Online-Verfahren zu verfügen. So kann die Polizei vor Ort mittels INPOL-Abfrage unmittelbar erkennen, wann eine Person zum Beispiel eine Sperre vom Gericht erhalten hat beziehungsweise wann diese abgelaufen war. Das gilt auch für Personen, die sich bislang erst gar nicht im Besitz einer Fahrerlaubnis befunden und sodann direkt mit einer EU-Fahrerlaubnis ausgestattet haben – falls diese Personen denn auch einmal überprüft werden.

Wohnsitzverstoß laut Führerscheindokument

Der EuGH traf bereits mehrfach Entscheidungen dazu, wie bei mutmaßlich fehlender Wohnsitznahme in dem anderen EU-Mitgliedsstaat mit einer dort erteilten Fahrerlaubnis umzugehen ist. So bindet auf der stabilen Basis europaweit einheitlicher Geltung des Gemeinschaftsrechts das höchste Gericht der EU die nationalen Gerichte daran, dass sich die fehlende Berechtigung ausweislich des Führerscheins oder





Ermittlung von Wohnsitzverstoß deckt FS-Fälschungen auf

Datenquelle: Kraftfahrt-Bundsamt

vom Ausstellungsmitgliedstaat herrührender unbestreitbarer Informationen zum Zeitpunkt der Erteilung ergeben muss. Um nötige Rechtssicherheit in Deutschland zu schaffen wurde diese unabdingbare Forderung inzwischen in Paragraph 28 Abs. 4 Nr. 2 FeV übernommen.

Genau hier liegt dennoch die Krux an der Sache, denn die Ausnahme vom Wohnsitzerfordernis muss sich tatsächlich unmittelbar aus dem Dokument des Führerscheins selbst ergeben oder aus vom Ausstellerstaat herrührenden unbestreitbaren Informationen. Das

heißt, wenn der Polizeibeamte vor Ort zweifelt, ob der Führerschein anzuerkennen ist, kann er sogar durch ein Geständnis des Fahrers, die Bedingungen nicht erfüllt zu haben, den Betroffenen keinesfalls daran hindern, von seiner gleichwohl gültigen Fahrerlaubnis des Ausstellerstaates auch in Deutschland Gebrauch zu machen. Denn ein Prüfungs- und Entscheidungsrecht der deutschen Polizei oder der Fahrerlaubnisbehörde, das über die Prüfung von Echtheit oder Fälschung des Dokuments hinausgeht, ist für die Beurteilung der rechtmäßigen Erteilung der Fahrerlaubnis ausgeschlossen.

Ermittlungen beim Ausstellerstaat

Vielmehr gilt der Besitz eines von einem anderen EU-Mitgliedstaat ausgestellten Führerscheins regelmäßig als Nachweis dafür, dass der Inhaber des Dokuments die in der Richtlinie vorgesehenen Voraussetzungen für die Ausstellung erfüllt hat. Diese auch vom EuGH ohne Wenn und Aber postulierte Anerkennungspflicht, die keinen Ermessensspielraum zulässt, ist den Strafverfolgungsbehörden wie auch den Fahrerlaubnisbehörden in Deutschland grundsätzlich ein Dorn im Auge.

Damit über Angaben im Dokument hinaus eine Information, wonach der Inhaber des im anderen EU-Mitgliedstaates ausgestellten EU-Führerscheins dort nicht wohnhaft war, als „unbestreitbar durch den Aussteller“ eingestuft werden kann, muss diese von einer Behörde dieses Staates herrühren, zum Beispiel einer Botschaft, eines Konsulats, einer Fahrerlaubnisbehörde oder einer Einwohnermeldebehörde des Ausstellerstaates.

Fälschungen erkennen

Ob eine Fälschung vorliegt, lässt sich unter anderem bereits anhand der durch die Direktion Mobilität und Verkehr (MOVE) der EU-Kommission im Internet bereitgestellten Datenbank anschaulich feststellen, in der für sämtliche 31 Staaten des Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), das heißt alle 28

Reise & Erholung

wasser-craft
rafting canyoning oetztal

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension, DU-WC
Preis pro Person ab € 161
Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721

Bayerischer Wald, komf. FeWo**** v. Kollegen
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax:
0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Sanatorium Anders Bad Füssing

Beihilfefähig §30GewO

Niedrigster Tagessatz € 61,00

- Arzt im Haus
- Beh.-Preise nach Beihilfe-VO
- Keine Wartezeit

Rheuma, Schmerzen in Hüfte, Knie, Fuß oder Rücken - wir helfen Ihnen, Ihre Schmerzen zu lindern.

Kostenloses Prospekt:

Tel.: 0 85 31 / 2 40 40

www.KS-Anders.de

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,
am Südstrand,
50 m z. Promenade, Kabel-TV
Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehmarn4family.de

Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei.
Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,
HP 5 Tage ab 159,- €, Gruppenangebote anfordern.
Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de

MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT
Ab € 79,- p. P. / Tag / HP 0 21 58-40 08 05
www.mauritius-traumvilla.de

CanKick
-prickelnd anders-

TOP ANGEBOT
1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x ÜF/Pension DU-WC
Angebot pro Person
nur € 149,-

RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 5252 200 38
info@cankick.at // www.cankick.at

www.Polizeifeste.de



FREMSPRACHEN FÜR DIE POLIZEI

TÜRKÇE BİLİYOR MUSUN?

Türkisch für die Polizei

Von **Songül Tut**.

1. Auflage 2015

Umfang: 104 Seiten / **Format:** Broschur, 17 x 24 cm

Preis: 12,90 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0750-5

Wesentlicher Bestandteil des Anforderungsprofils von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten ist eine umfassende Kommunikationsfähigkeit, zu der auch praxisrelevante Fremdsprachenkenntnisse gehören.

Das Lehrbuch „Türkçe biliyor musun?“ wurde als Hilfestellung für Lehrende und Lernende im berufsbezogenen Türkisch-Unterricht des Bachelorstudiums entwickelt. Es soll die polizeispezifische Sprachausbildung unterstützen und damit neue Impulse setzen, um den Anforderungen an die Qualität der Polizeiarbeit in besonderem Maße gerecht zu werden.



DIE AUTORIN

Songül Tut,

FHVD Schleswig-Holstein, Fachbereich Polizei.

IT'S ALL PART OF THE JOB

Englisch für die Polizei

- Lehrbuch -

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** unter Mitarbeit von **Eva Heinrich, Michael Popp** und **Udo Harry Spörl**.

11. Auflage 2014 / **Umfang:** 360 Seiten

Format: 17 x 24 cm, Fadenheftung, Broschur

Preis: 20,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0739-0

- Wörterbuch -

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.

5. Auflage 2014 / **Umfang:** 480 Seiten

Format: 11,5 x 17,5 cm, Fadenheftung mit Kunststoffeinband

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0728-4

- Sprachführer -

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.

2. Auflage 2006 / **Umfang:** 256 Seiten

Format: 17 x 24 cm, Fadenheftung, Broschur

Preis: 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0539-6



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

EU-Staaten sowie Island, Liechtenstein und Norwegen, die jeweiligen Führerscheine per Ausstellungsland und Ausstellungsdatum abgefragt werden können. Neben Sicherheitsmerkmalen in dem Führerscheindokument ist dort auch der Umfang der Berechtigung der jeweiligen EU- oder EWR- Fahrerlaubnisklassen im Vergleich zum jeweils besuchten Inland dokumentiert.

Ermittlungsmöglichkeiten in Verdachtsfällen nutzen

Wie die vorhergehenden Regelungen verleiht auch die aktuell geltende 3. EU-Führerschein-Richtlinie dem Ausstellungsstaat die alleinige Zuständigkeit, sich darüber zu vergewissern, dass die Führerscheine rechtmäßig unter Beachtung der eigenen nationalen Voraussetzungen erteilt werden beziehungsweise worden sind. Hat ein Mitgliedstaat ernsthafte Gründe, die Ordnungsmäßigkeit der von einem anderen Mitgliedstaat ausgestellten Führerscheine zu bezweifeln, so soll er diese dem anderen Mitgliedstaat im Rahmen der gegenseitigen Unterstützung und des Informationsaustausches nach Artikel 15 der EU-Führerschein-Richtlinie mitteilen.

Deshalb sind die örtlichen deutschen Fahrerlaubnisbehörden gehalten, sich an eine Behörde des anderen EU-Mit-

gliedstaates, aus Effektivitätsgründen zum Beispiel an die konkrete Einwohnermeldebehörden des Ausstellermitgliedstaats, zu wenden, um dort klären zu lassen, ob die Voraussetzungen für die Anerkennung vorliegen. Der Betroffene muss danach länger als ein halbes Jahr in dem Staat, dessen Fahrerlaubnis er vorweist, seinen Lebensmittelpunkt gehabt haben. Über entsprechende Verdachtsfälle einer mangelnden Eignung zum Führen eines Kraftfahrzeuges hat die Polizei nach Paragraf 2 Abs. 12 StVG der örtlichen Fahrerlaubnisbehörde obligatorisch zu berichten.

Bestätigt sich sodann ein durch den Ausstellerstaat erklärter Wohnsitzverstoß, bedarf es eines feststellenden Verwaltungsaktes der (deutschen) Fahrerlaubnisbehörde gegenüber dem Inhaber des Führerscheins zur Ungültigkeit der EU-Fahrerlaubnis im Inland, verbunden mit der Aufforderung, davon für die Zukunft keinen Gebrauch mehr zu machen, um nicht eine Rechtsfolge mit Strafbewehrung herbeizuführen. Wer dennoch danach noch mit der – in Deutschland ungültig gewordenen – EU-Fahrerlaubnis ein Kraftfahrzeug führt, würde sich nach Paragraf 21 StVG wegen Fahren ohne Fahrerlaubnis strafbar machen.

Dieses umständliche Verfahren wird von Praktikern bei Polizei und Fahrerlaubnisbehörden oftmals beklagt.

Auf lange Sicht wird es nur besser funktionieren, wenn ein europaweites Fahreignungsregister erstellt wird, in dem jeder Staat nachprüfen kann, ob eine Fahrerlaubnis erteilt werden darf beziehungsweise im anderen Staat zu Recht erteilt worden ist – und dazu im europäischen Fahrerlaubnisrecht die Regelungen angepasst sind. Ein bloßes europäisches Fahrerlaubnisregister, das ohnehin nach Artikel 15 der 3. EU-Führerschein-Richtlinie noch nicht errichtet ist, wäre hierbei wenig hilfreich, da dieses Hinweise auf Eignungsmängel nicht enthält. Zur Überwachung oder Erzwingung der Entziehung bei Eignungsmängeln stehen deshalb derzeit noch zu wenig effektive Instrumentarien zur Verfügung.

Unmittelbare Strafbarkeit als Ausnahme

Unmittelbares strafbares Verhalten im Rahmen des EU-Führerscheintourismus liegt – mangels anzuerkennender Fahrerlaubnis – lediglich in den Fällen vor, wenn bei einem Kraftfahrer im Inland eine Maßnahme wie ein Fahrverbot oder eine Sperrfrist wirksam ist, während er in einem anderen Mitgliedstaat eine Fahrerlaubnis erworben hat und gleichwohl jetzt im Inland ein Kfz führt. Gleiches gilt auch dann, wenn eine Fahrerlaubnis im anderen Mitgliedstaat unter Verstoß gegen

Kapitalmarkt

<p>Beamtendarlehen 10.000 €-120.000 €</p> <ul style="list-style-type: none"> Extra günstige Kredite für Sparfüchse Umschuldung: Raten bis 50% senken Baufinanzierungen gigantisch günstig <p>0800 - 1000 500 Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 35 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p>3,47% effektiver Jahreszins 5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 3,47% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,42% p.a., Rate 447,- €, Gesamtkosten 21.425,62 €</p> <p>www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH</p> <p>E3, 11 Planken 68159 Mannheim Fax: (0621) 178180-25 Info@AK-Finanz.de</p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker</p> <p>Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttoertrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldsversicherung.</p>
---	--	--	---

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.

Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 145145

!SOFORTKREDITE!

vermittelt
PECUNIA GmbH seit 1980
Tel. **0201/22 13 48**

Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr
Ohne Auskunft bis 10.000 €.

45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Caritas international
www.caritas-international.de
Spendenkonto 202 753
Postbank Karlsruhe, BLZ 660 10075

Diakonie Katastrophenhilfe
www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Diakonie Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prall-Hoing-Str. 19 - 46325 Borken-Weseler



das wenigstens 185 Tage währende Wohnsitzerfordernis erteilt worden ist und sich dies offenkundig direkt aus dem Führerschein ergibt, zum Beispiel indem dort ein inländischer Wohnort eingetragen ist.

Ansonsten gilt die Anerkennung der von einem Mitgliedstaat ausgestellten Führerscheine quasi automatisch, also ohne jede Formalität. Alle Mitgliedsstaaten dürfen für ihren Bereich die Anerkennung einer EU-Fahrerlaubnis nicht von zusätzlichen oder abweichenden Bedingungen abhängig machen. Auch besteht für das Inland keine Möglichkeit einer systematischen Kontrolle von in anderen Mitgliedsstaaten erteilten Fahrerlaubnissen. In Fällen offensichtlicher Rechtsverstöße steht es den Behörden des aufnehmenden Mitgliedstaats indes frei, im Sinne von Artikel 15 der Richtlinie von dem ausstellenden Mitgliedstaat Aufklärung zu verlangen. Falls dieser daraufhin keine Maßnahmen ergreift, kann ein Mitgliedstaat lediglich ein Verfahren nach Artikel 227 EGV (heute Artikel 259 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) vor dem EuGH einleiten, um einen Verstoß gegen die Führerschein-Richtlinie feststellen zu lassen. In der Praxis wird von der Möglichkeit bislang ersichtlich kein Gebrauch gemacht.

Das fordert der Verkehrsgerichtstag 2015

Zur Unterbindung des Führerscheintourismus fordert der entsprechende Arbeitskreis des Deutschen Verkehrsgerichtstages, bei einer Entziehung der Fahrerlaubnis (Paragraf 69 StGB), insbesondere wegen Trunkenheit im Verkehr (Paragrafen 315c Abs. 1 Nr. 1a, 316 StGB), die gesetzlich bisher bereits höchstzulässige Sperre für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis mit fünf Jahren (Paragraf 69a Abs. 1 StGB), im Wiederholungsfall zehn Jahren (Paragrafen 29 Abs. 1 Nr. 3 StVG, 52 Abs. 2 BZRG), künftig regelmäßig voll auszuschöpfen. Allerdings soll der Betroffene dann die – freiwillige – Möglichkeit erhalten, „die Sperrfrist durch Nachweis der Eignung nach den Vorgaben der FeV jederzeit aufheben zu lassen“. Die damit einhergehende MPU soll aber frühestens nach Ablauf der bestehenden Mindestsperrfrist erfolgen können; diese beträgt nach Paragraf 69a StGB sechs Monate.

Überdies verlangt der Verkehrsgerichtstag, sämtliche Eignungsvoraussetzungen auf europäischer Ebene zu vereinheitlichen. Statt eines – bereits geplanten – europäischen Fahrerlaubnis- oder Führerscheinregisters empfiehlt er, für die Schaffung gleicher Wissensstände und somit zur Eindämmung des Führerscheintourismus bes-

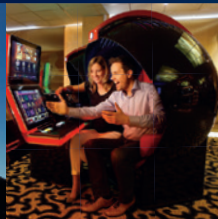
ser ein europäisches Fahreignungsregister einzurichten, welches sich als wirksamer, da für alle Teilhaber transparenter, erweisen dürfte. Die Realisierung einer solchen Forderung dürfte, falls sie umgesetzt wird, leider noch einige Jahre auf sich warten lassen.

Anzeige

Spiele mit Verantwortung



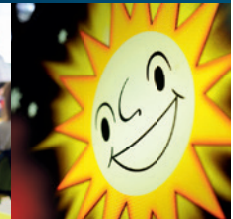
Rüdiger Schink



MERKUR Ideal Space



Sicherheitsschulungen



MERKUR Sonne

Mit SICHERHEIT mehr Spielvergnügen

Manipulationsprävention ist eine der wichtigsten Aufgaben bei der Entwicklung von Spielen und Geräten. Trotz der sichersten Gerätetechnik, die die Produkte aus dem Hause Gauselmann bieten, gibt es immer wieder Versuche von Kriminellen, die Sicherheitsmaßnahmen zu umgehen. Was früher mit grober Gewalt zu tun hatte, wird heute in einer gut organisierten Manipulationsszene mit Hightechgeräten ausgeübt.

Um kriminellen Machenschaften entgegenzuwirken, ist die Zusammenarbeit mit den Behörden eine unserer wichtigsten Aufgaben. Aus diesem Grund bieten wir unsere Kooperation und alle Schulungsmaßnahmen kostenlos an. Darüber hinaus unterstützt Rüdiger Schink die Polizei bei Manipulationsangelegenheiten, etwa durch die Mithilfe bei Razzien, oder bei der Erstellung von Gutachten. Zudem tritt er als Sachverständiger vor Gericht auf.

Für Termine ist Rüdiger Schink unter der Nummer 05741 273-264, per Fax 05741 273-8925 oder per E-Mail RSchink@gauselmann.de zu erreichen.

Die Gauselmann Gruppe ist mit mehr als 125 000 aufgestellten Geldspielgeräten in Spielstätten und der Gastronomie deutscher Marktführer, ebenso wie mit den über 230 selbst betriebenen, modernen CASINO MERKUR-SPIELOTHEKEN. Die Unternehmensgruppe beschäftigt ca. 8 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon rund 5 800 in Deutschland.



Die SPIELMACHER
GAUSELMANN

Merkur-Allee 1-15 · 32339 Espelkamp · Telefon 05772 49-0 · www.gauselmann.de



Die Vorteile

- exklusiv für GdP-Mitglieder
- kostenlos
- rund um die Uhr online
- immer topaktuell
- kinderleicht zu bedienen
- Links zu Texten



“Die GdP-Literaturdatenbank als kostenloser Service für unsere Mitglieder ist in der Gewerkschaftslandschaft einzigartig. Wer drin ist, hat die Nase vorn in punkto Recherchen zu Themen wie Polizei, Gewerkschaft und Recht.”

Oliver Malchow
GdP-Bundesvorsitzender

Kontakt

Petra Kühl Telefon 0211 7104-117
Jenny Zier Telefon 0211 7104-121
E-Mail: dokumentation@gdp.de



Fragen oder Anregungen zur Datenbank?
Wir kümmern uns!



Gewerkschaft
der Polizei

Impressum

Gewerkschaft der Polizei
Bundesvorstand
Dokumentationsstelle
Forststraße 3a
40721 Hilden

Stand: Juli 2015

Gesamtherstellung:
Wölfer Druck+Media
42781 Haan

Schnell und komfortabel recherchieren
mit der

GdP-Literatur- datenbank



Gewerkschaft
der Polizei

Was sie kann

Die GdP-Literaturdatenbank

hat über 40.000 Einträge zu den Themen Polizei, Gewerkschaften und Recht gespeichert. Jährlich kommen ca. 2.000 dazu. Die Dokumentationsstelle des GdP-Bundesvorstandes wertet dafür relevante Fachzeitschriften aus und füttert die Datenbank topaktuell mit diesen Einträgen.

Sowohl die Kolleginnen und Kollegen in der Ausbildung und an den Fachhochschulen als auch unsere Ehrenamtlichen, die Personalräte und Vertrauensleute der GdP kennen und schätzen die Datenbank inzwischen als erfolgreiches Rechercheinstrument für die tägliche Arbeit.

Wo du sie findest

Du findest die GdP-Literaturdatenbank im internen Mitgliederbereich auf der GdP-Homepage.

Wie kommst du dahin?

- GdP-Mitglied werden
- GdP-Homepage aufrufen unter www.gdp.de
- Login-Bereich anklicken
- Benutzernamen eingeben
- Passwort eingeben

Genauere Infos zu deinen Zugangsdaten findest du direkt auf der Login-Seite unter <https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/loginform>

Der Weg zum Text

Aus urheberrechtlichen Gründen darf die GdP die in ihrer Literaturdatenbank verzeichneten Bücher und Aufsätze leider nicht zum Download anbieten. Aber wir können dir Hilfestellungen für die Literaturbeschaffung geben.

Die einfachste Lösung

Wenn die Aufsätze oder Bücher kostenlos und frei im Internet veröffentlicht sind, findest du in unserer Literaturdatenbank beim Treffer bereits einen Link, der dich mit nur einem Mausklick zum gesuchten Text führt. Das spart dir Zeit und lange Wege.

Für Studierende bleibt natürlich weiterhin die Fachhochschulbibliothek die erste Anlaufstelle.

Noch mehr Tipps zur Literaturbeschaffung findest du online im internen Mitgliederbereich der GdP-Homepage

GdP-Mitglieder sind schneller
und besser informiert!



GdP empfing hochkarätige chinesische Verwaltungsdelegation

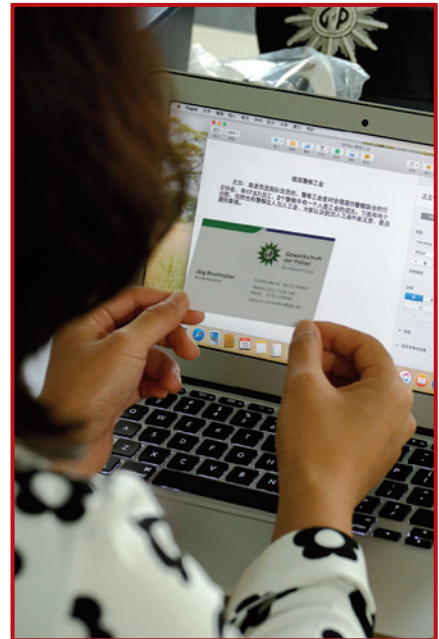
Eine Delegation des Rechtsamtes beim Staatsrat der Volksrepublik China hat GdP-Bundeskassierer Jörg Bruchmüller Mitte August in der Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Berlin empfangen. Die 22 hochrangigen Gäste bereisten im fachlichen Rahmen eines rund zweiwöchigen „Trainingskurses zum Verwaltungsrecht“ Deutschland und absolvierten dabei ein prall gefülltes Programm.

Bruchmüller, der im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand auch für Internationales zuständig ist und die GdP im Exekutivkomitee von EuroCOP vertritt, erläuterte den chinesischen Verwaltungsführungskräften den historischen Werdegang und den politischen Zweck der mit deutlichem Abstand größten Arbeitnehmervertretung der Polizei. Im Besonderen betonte er sowohl die politische Ausrichtung der GdP als Einheitsgewerkschaft, die Unabhängigkeit seiner Organisation, die Koalitionsfreiheit deutscher Arbeitnehmer als festes Fundament für einflussreiche und wirksame Gewerkschaftsarbeit sowie die von der GdP ihren Mitgliedern sichergestellte berufliche Schutzfunktion.

Im Auftrag des Bundesministeriums

der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) hatte die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) die chinesische Delegation nach Deutschland geführt. Weitere Stationen und Termine, die neben Berlin in Potsdam, Leipzig und Weimar anstanden, waren Vorträge von und Gespräche mit Verwaltungsrichtern, Staats- und Rechtsanwälten, politischen Beamten, Spitzenbeamten der Bundespolizei und der Hauptstadtpolizei. Zudem besuchte die Reisegruppe unter Leitung des stellvertretenden Direktors des Forschungszentrums des Rechtsamtes beim Staatsrat der VR China, Zhu Weiguo, die Hochschule für Recht und Wirtschaft Berlin sowie den Deutschen Bundestag.

mzo



Die chinesischen Gäste zeigten sich sehr interessiert und haktten oft nach.

Fotos (2): Zielasko



Die Delegation mit GdP-Gastgeber Jörg Bruchmüller (m.).



Ursprünglich als Aufsatzserie in der Fachzeitschrift *Polizei - Studium - Praxis* erschienen, stellen die hier vorgestellten E-Books in konzentrierter und übersichtlicher Form das jeweilige Thema dar.

Die Bücher erhalten sie im EPUB- bzw. Mobipocket-Format auf allen gängigen E-Book-Plattformen. Damit können Sie diese bequem kaufen und auf dem Tolino, iPad, Kindle, Sony Reader oder auch PC oder Smartphone lesen.



**Heiko Artkämper,
Die Staatsanwaltschaft**

Kompakte Darstellung über die Aufgaben, Funktionen und Organisation der Staatsanwaltschaften im Strafverfahren. Zudem wird die Rolle der Staatsanwaltschaft im Ermittlungs-, Zwischen- und Hauptverfahren und in der Vollstreckung abgehandelt.

VDP eBook EPUB, Mobipocket 3,99 €



**Frank Braun,
Polizeiliche Zwangsmaßnahmen**

Die Prüfung polizeilicher Zwangsmaßnahmen muss von Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen sicher beherrscht werden. Hierfür bedarf es neben rechtlichen Kenntnissen vor allem Sicherheit in der Prüfung der Maßnahmen.

VDP eBook EPUB, Mobipocket 3,99 €



**Horst Clages,
Einführung in die Kriminologie**

Diese Abhandlung ordnet die Kriminologie in das System der Kriminalwissenschaften ein und beschreibt ihre wesentlichen fachwissenschaftlichen Grundlagen.

VDP eBook EPUB, Mobipocket 3,99 €



**Christoph Keller,
Strafprozessuale
Durchsuchungsmaßnahmen**

Der Autor beantwortet in diesem Artikel in den Grundzügen die wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit Durchsuchungen beim Verdächtigen und bei anderen Personen.

VDP eBook EPUB, Mobipocket 3,99 €



**Christoph Keller,
Das behördliche
Disziplinarverfahren**

In diesem Beitrag gibt der Autor am Beispiel des LDG NRW zunächst einen Überblick und erläutert die rechtlichen Voraussetzungen für die Einleitung eines Disziplinarverfahrens.

VDP eBook EPUB, Mobipocket 3,99 €



„Authentischer Bericht aus dem Polizeialltag“

Tania Kambouri hatte genug. Wieder einer dieser Einsätze, bei denen ihr kein Respekt entgegengebracht, sondern sie stattdessen wüst beschimpft und beleidigt wurde. Der türkischstämmige Mann, der die Polizei um Hilfe gerufen hatte, war empört: Was wollte diese „Bullenschlampe“ von ihm? Warum kam eine Frau – und kein Mann – zum Einsatzort? Vorkommnisse dieser Art erleben Polizisten im Einsatz immer öfter. Als Polizistin griechischer Abstammung ist Tania Kambouri den Angriffen auf der Straße besonders häufig ausgesetzt. Jetzt setzt sie sich zur Wehr: „Ich will den Finger in die Wunde legen, auch wenn mir bewusst ist, wie explosiv das Thema ist.“

Seit Wochen halten libanesischer Familienclans die Ermittlungsbehörden auch im Ruhrgebiet auf Trab. Zuletzt gab es einige Großeinsätze, bei denen die Essener Polizei zum Teil nur mit Verstärkung aus Nachbarstädten sowie mit Einsatz von Gewalt Herr der Lage werden konnte, berichtete die „WAZ“.

Zunahme von Aggressivität mehr als auffällig

Rettungskräfte und Notarzt gelangten nicht zu einem schwer verletzten Kind, da sich gleich nach einem Unfall eine Gruppe Angehöriger um den Jungen geschart hatte, die die Polizeibeamten beschimpfte und anpöbelte. Immer wieder erlebten die Kollegen, dass ihre Autorität nicht anerkannt werde, heißt es bei der Polizei. Die Duisburger Polizei zum Beispiel wird seit Wochen von Hundertschaften unterstützt. Das Problem: Einigen Migranten fehlt die Grundakzeptanz gegenüber Polizisten. Kambouri: „Die Zunahme von Respektlosigkeit und Aggressivität in unseren Städten ist mehr als auffällig. Und man kommt nicht um die Feststellung herum, dass sich straffällige Personen mit Migrationshintergrund, vor allem junge Männer aus muslimisch geprägten Ländern, dabei besonders hervortun.“

Die Kollegin aus Bochum sieht die Gesellschaft vor einer inneren Zerreißprobe: „Das ist weder polemisch noch populistisch zu verstehen, schließlich sind die Spannungen zwischen Mi-

granten, Flüchtlingen und Einheimischen eine der größten sozialen und politischen Herausforderungen weltweit, gerade wenn auch noch religiöse Weltanschauungen ins Spiel kommen.“

Kambouri wurde 1983 als Kind einer griechischstämmigen Familie in Bochum geboren. Als Polizeikommissarin fährt sie heute dort auch Streife. Ihren Protest über die wachsende Zahl verbaler und körperlicher Übergriffe auf



Gründungsmitglied im Herbst 2013 in einem Leserbrief in DEUTSCHE POLIZEI. Die Resonanz war überwältigend: Hunderte Kollegen unterstützten ihren Beitrag und ermutigten sie, ihre Kritik in die Öffentlichkeit zu tragen. Mit diesem Buch kommt sie diesem Ansinnen nach.

Arnold Plickert, stellvertretender Bundesvorsitzender und Vorsitzender des Landesbezirks Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Ein authentischer Bericht aus dem Polizeialltag.“ **hol**

Deutschland im Blaulicht, Notruf einer Polizistin, Tania Kambouri, Piper Verlag, 2015, 256 Seiten, 14,99 Euro, ISBN 978-3-492-06024-0

„Staatsdiener“ – Dokumentarfilm über Polizeiausbildung

Erstmals sind in bundesdeutschen Kinos Polizeischülerinnen und Polizeischüler hautnah bei ihrer Ausbildung zu erleben. Der 80-minütige Dokumentarfilm „Staatsdiener“, der seit Ende August zu sehen ist, zeigt ohne jegliche Einschränkung oder Zensur, wie die Macher im Vorfeld betonten, das nervenaufreibende erste Jahr von Studierenden an der Polizeifachhochschule in Sachsen-Anhalt. Die Kundschafter Filmproduktion begleitet junge Menschen, „die lernen müssen, sich für Recht und Gesetz einzusetzen – und manchmal auch an ihrer neuen Rolle scheitern, wenn sie mit der harten Realität auf der Straße in Berührung kommen“, heißt es in der Ankündigung.

Im Mittelpunkt steht Polizeischülerin Kathrin Cruz: Die junge Frau muss nicht nur schießen lernen oder sich die Grundlagen polizeilicher Ermittlungen aneignen, sondern vor allem die gelernte Theorie unter Stress in der Praxis anwenden. Adrenalin fließt nicht nur bei praxisnahen Rollenspielen, sondern auch, wenn die Studierenden bei der Bereitschaftspolizei eingesetzt werden und gegen Hooligans und Randalierer vorgehen müssen.

Der Film öffnet nach Angaben von Marie Wilke, die für Drehbuch und Regie verantwortlich zeichnet, einen spannenden Blick hinter die Kulissen des Polizeiapparates und erzählt gleichzeitig eine Geschichte vom Erwachsenwerden unter erschwerten Bedingungen. Die Kamera blicke dabei ohne Urteil in eine verborgene und unbekanntere Welt. Herausgekommen sei ein Film, der als Fragment wahrgenommen werden solle und keine geschlossene Erzählung darstelle. „Ich habe bewusst auf Interviews mit den Protagonisten verzichtet“, sagte Regisseurin Wilke. Nach dreijähriger Recherche und den aufwendigen Dreharbeiten kommt sie zu dem Schluss: „Die Polizisten sind häufig eher Sozialarbeiter als Verbrecherjäger. Sie sind auch ganz oft die Einzigen, die überhaupt noch in bestimmte Wohnungen kommen und mit den Menschen sprechen.“ **wsd**



WWW.POLIZEIPRAXIS.de



Mit dem neuen Multifunktions Tuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den

optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

Passend dazu:
ab sofort auf unserer
Homepage im Shop auch
eine attraktive Auswahl
von Schuhen – nicht nur für
die Freizeit – von HAX!

Unter allen Anmeldungen
für unseren Newsletter,
die vom 01.09. - 30.09.2015
erfolgen, verlosen wir fünf

POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONS- TÜCHER

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Im Einsatz – im Thema.

Kontakt Impressum Datenschutz Newsletter

POLIZEIPRAXIS

STARTSEITE THEMEN AUSGABEN PRODUKTE SERVICE

Sie sind hier > Startseite

Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

SCHWARZES BRETT

Attraktive Angebote in unserer Rubrik PRODUKTE!!
Beachten Sie auch die attraktive Auswahl von Produkten für den polizeilichen und privaten Alltag. Einfach auf den Reiter **PRODUKTE** klicken und schon finden Sie eine Vielzahl an Hilfsmitteln für Ihre... [mehr lesen](#)

Newsletter - Anmelden und gewinnen!
Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Unter allen Anmeldungen, die zwischen dem... [mehr lesen](#)

NEWSLETTER ABONNIEREN

Ihre @ E-Mail-Adresse

Um unseren Newsletter zu abonnieren, geben Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse ein und klicken auf absenden

MEIST GELESENE ARTIKEL

Body Cam - Eine Erfolgsgeschichte nimmt ihren Lauf
Das im Mai 2013 zunächst auf Frankfurt...

NEUE ARTIKEL

Sicherheits-Vorsatzscheiben zum aufleben!
Auch wenn viele Beamte ihnen inzwischen ihre Unversehrtheit verdanken: nicht immer stehen ausreichend Fahrzeuge mit schlagzäher Polycarbonat-Rundumverglasung zur Verfügung wenn mal wieder die Steine... [mehr lesen](#)

Plug-in-Hybrid als Funkstreifenwagen

Seit nun der erste Volkswagen Elektro-Golf als Einsatzfahrzeug der Polizei über Heigoland rollt, gibt es bei... [mehr lesen](#)

Stand der Entgeltordnung VKA

Im März 2016 beginnen die Tarifverhandlungen mit dem Bund und den Kommunen (VKA). Geplant ist, dass die Entgeltordnung VKA in diese Tarifrunde mit einfließt. Bis dahin ist es jedoch noch ein weiter Weg. Zwar sind die Verhandlungen „intensiviert“ worden, es bestehen jedoch weiterhin viele offene Punkte, die verhandelt werden müssen.

Das größte Hindernis stellt nach wie vor die Kostenfrage dar. Die Gewerkschaftsseite fordert – wie im Zuge der Entgeltordnung für den Bund und die Länder – deutlich höhere Eingruppierungen. Die VKA will Kosten vermeiden und fordert die Sicherstellung der Finanzierbarkeit neuer Eingruppierungsregelungen, das heißt hier steht eine „Kompensationsregelung“ im Mittelpunkt der Verhandlungen.

Gerade auch für die GdP spezifischen Bereiche Meister/Techni-

ker/Ingenieure, IT/Datenverarbeitung, Rettungsdienst/Feuerwehr und (Schul-)Hausmeister besteht hinsichtlich der Eingruppierungsmerkmale weiterer Prüfungsbedarf. Die VKA will einige Merkmale ganz herausnehmen, wie die Nenn- und Funktionsmeister (ohne Meisterprüfung) und wiederum andere ganz neu einfügen. Gerade bei der Einfügung von neuen Eingruppierungsmerkmalen, zum Beispiel für den Bereich des kommunalen feuerwehrtechnischen Dienstes, bestehen sehr

unterschiedliche Vorstellungen. Die Gewerkschaftsseite muss bei einer Neufassung besonders darauf achten, in welchem Wertigkeitsverhältnis die Tätigkeiten zueinander stehen.

Sie fordert unter anderem für die Rettungsdienste und die integrierten Leitstellen deutlich bessere Eingruppierungen, ebenso für die Schulhausmeister. Letztere möchte die Gewerkschaftsseite um bis zu drei Entgeltgruppen höher eingruppiert sehen.

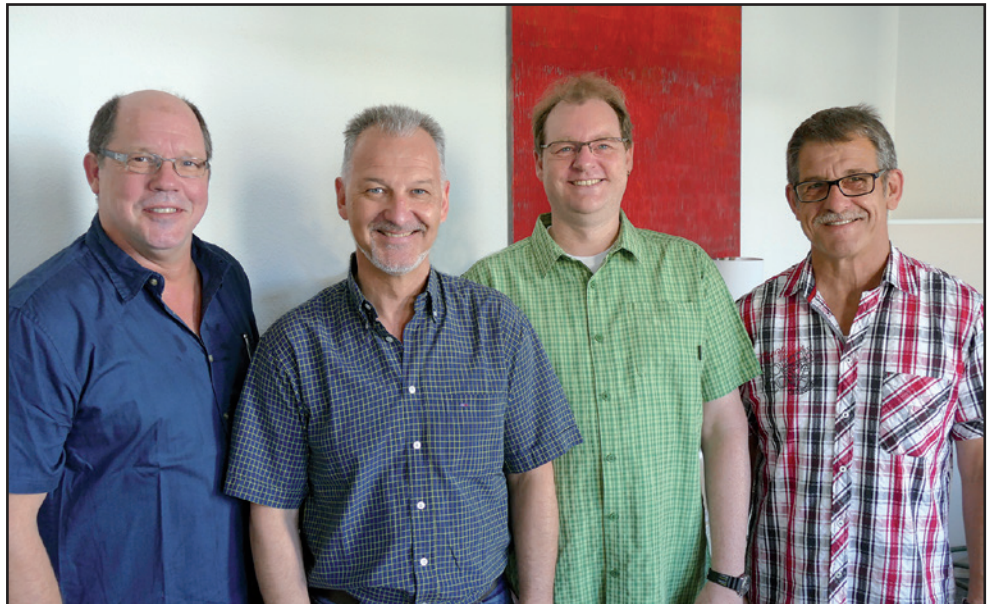
Gerade die Forderungen der höheren Eingruppierungen sind zumeist von der VKA zurückgewiesen worden, das heißt, es besteht weiterer Erörterungsbedarf. Ob die Verhandlungen wirklich bis zur nächsten Tarifrunde soweit fortgeschritten sind, dass es einen Abschluss der Entgeltordnung VKA in der Tarifrunde geben wird, bleibt abzuwarten.

M. Omari

BUNDESFACHAUSSCHUSS

GdP-Wasserschützer nehmen Fahrt auf

Mit leicht veränderter Besetzung nimmt der Bundesfachausschuss Wasserschutzpolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) neue Fahrt auf. Der Bremer Kollege Dierk Stahl bleibt mit überwältigender Mehrheit der Mann am Ruder, neu auf der Brücke ist dagegen der Nordrhein-Westfale Frank Jackes als Stahls Stellvertreter. Die Einträge ins Logbuch übernimmt erneut der ohne Gegenstimme bestätigte Kollege Andreas Rink vom GdP-Landesbezirk Saarland. Für den Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand ist Rüdiger Seidenspinner mit an Bord. In seiner konstituierenden Sitzung Anfang Juli in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle erörterte der Bundesfachausschuss zunächst die thematisch den Wasserschutz betreffenden Beschlüsse des letzten GdP-Bundeskongresses vom vergangenen Jahr. Nach einem aktuellen gewerkschaftspolitischen Bericht debattierten die Bundesfach-



Der neue GdP-BFA-WaPo-Vorstand: Vorsitzender Dierk Stahl (Bremen), Stellvertreter Frank Jackes (Nordrhein-Westfalen) und der Saarländer Andreas Rink (v.r.). Links im Bild: Rüdiger Seidenspinner, zuständiges Mitglied im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand.

Foto: Zielasko

ausschussmitglieder die derzeitige Situation der Kolleginnen und Kollegen der Wasserschutzpolizei sowie die

drängendsten Fragen und Themen der nächsten Zeit.

mzo



Erfolgreicher Bildungstag: Versorgung von Stich- und Schussverletzungen

Am Ende eines anstrengenden und sehr abwechslungsreichen Tages waren sich alle Teilnehmer des Erste-Hilfe-Bildungstages der JUNGEN GRUPPE Nordhessen einig, so eine Veranstaltung hatte es noch nicht gegeben. Denn nach den schrecklichen Ereignissen Anfang November in der Unteren Königsstraße in Kassel, wo bei einer Schießerei zwei Kollegen durch Schüsse schwer verletzt wurden, stellte sich folgendes, schwerwiegendes Problem dar, was wohl nicht allgemein bekannt ist: Rettungskräfte dürfen bei unsicherer Einsatzlage nicht am Einsatzort unterstützen. So musste ein Kollege seinem Streifenpartner durch händisches Abdrücken einer Beinarterie zwölf Minuten die Blutung stillen, bevor er durch Sanitäter abgelöst werden konnte. Ohne dieses beherzte Eingreifen wäre der verwundete Kollege am Einsatzort verblutet.



Hektik ist immer gefährlich: Im Ernstfall muss jeder Handgriff sitzen.

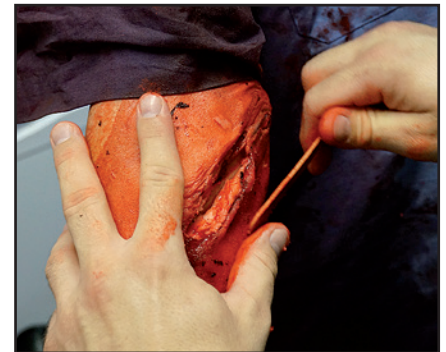
Fotos (2) : Matthias Langer

Nach dieser Extremsituation hat die JUNGE GRUPPE Nordhessen die Ausbildung der Kollegen in Erster Hilfe hinterfragt. Werden Polizisten von ihrem Dienstherrn dafür ausreichend geschult? Und wer hatte bislang unter solchen Umständen trainiert? Die Realität zeigt, dass die Kolleginnen und Kollegen, mit Ausnahme der Spezialeinheiten, sich im absoluten Notfall ohne spezifische Fortbildungsmaßnahmen selbst retten müssen.

Bei der letztjährigen Jahresabschlussitzung der Bezirksgruppe

Nordhessen sprach die JUNGE GRUPPE die Thematik an und begann damit einen zeitnahen Bildungstag zu planen. Nachdem mit Holger Eggenschwiller, Rettungsassistent beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) in Kassel, das Thema besprochen wurde, konnten die DRK-Lehrrettungsassistenten Michael Jacobi, Instruktor für taktische Notfallmedizin, ehemals beschäftigt im polizeiärztlichen Dienst in NRW, und Christian Zies, Dozent im Rettungsdienst, für den Bildungstag begeistert werden.

Im theoretischen Teil wurde auf die taktische Medizin (rote, gelbe und grüne Zone), das A-B-C-D-E-Schema (Airway/Atemwege, Breathing/Atmung, Circulation/Kreislauf, Disability/neurologische Defizite und Entkleiden/Untersuchen) und den Bodycheck (Kopfbis-Fuß-Beurteilung) eingegangen. Anschließend folgte die Einweisung in innovative Materialien zur Versorgung stark blutender, traumatischer Wunden in Notfallsituationen wie der Tourniquet® oder das Israeli Emergency Bandage®. Beide Materialien können vom einzelnen Beamten im Notfall zur Selbstversorgung verwendet werden, um starke Blutungen schnellstmöglich



Nur geschminkt, doch trotzdem kostet es Überwindung, eine solche Wunde zu versorgen.

durch Abbinden zu stoppen. Leider werden damit in Hessen lediglich Spezialeinheiten dienstlich ausgerüstet.

Nach der kurzweiligen und informativen Theorie ging es zum praktischen Teil. Um möglichst viele Szenarien üben zu können, wurden drei Stationen angeboten. Das besondere, bislang einzigartige bei Schulungsmaßnahmen der hessischen Polizei war die realistische Notfalldarstellung des DRK Kassel Land durch Leiter und Instruktor Michael Bartel und seinem Kompartenteam. Durch die professionelle Darstellung von schweren Verletzungen waren die Teilnehmer gefordert. Doch jeder Einzelne meisterte durch hohes Engagement und die Unterstützung der Stationstrainer Holger, Michael und Christian die Situation, sodass jeder Darsteller „überleben“ konnte.

Beim ausgiebigen Üben verging die Zeit wie im Flug und somit war es auch nicht verwunderlich, dass am Ende des Bildungstages jeder geschlaucht, aber auch begeistert war. Aufgrund des großen Zuspruchs wird Anfang 2016 der Bildungstag erneut angeboten.

**Matthias Langer,
JUNGE GRUPPE Nordhessen**

Zu: Einsatzbetreuung, DP 7/15

Rund um den G7-Gipfel waren sehr viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen in Elmau im Einsatz. Viele von ihnen hatten die Aufgabe, bei Tag und bei Nacht den Zaun zu bewachen, der das ganze Areal umschloss.

Eine Nacht im Gebirge draußen zu verbringen, ist etwas Besonderes. Aber wenn es gewittert, ist es nicht nur nicht angenehm, sondern auch gefährlich!

Bitte geben Sie all' Ihren Kolleginnen und Kollegen weiter, dass ich deren Einsatz hier sehr hoch schätze – noch dazu, weil viele Polizistinnen und Polizisten nicht von hier sind und gar nicht die Erfahrung im Gebirge haben können.

Diesen Brief schreibe ich Ihnen vollkommen unabhängig davon, ob ich das G7-Spitzentreffen für nötig oder für richtig halte und wie sich die Polizei im Übrigen verhalten hat.

Maria-Anna Strietzel, München



Anerkennung für die schöne „Selbstdarstellung der GdP-Einsatzbetreuung“ und die Worte über die angebliche „neue bayerische Art“. Es ist ja vollkommen in Ordnung, wenn sich die GdP der Betreuung der vielen Tausend Kolleginnen und Kollegen in diesem schwierigen und großen Einsatz annimmt. Auch, dass man unseren bayerischen Polizeireporter Oliver Bendixen zu Wort kommen hat lassen, finde ich in Ordnung. Nur, wenn man von seinen zwei Seiten die Bilder wegnimmt, bleibt nur eine Seite übrig. Aber, im Bayern-Teil waren ja noch einige beziehungsweise vier Seiten „G7-Gipfel-Einsatzbetreuung“ zu sehen.

Ich frage mich, ob diese Veranstaltung nicht eines eigenen „Sonderheftes G7-Gipfel“ Wert gewesen und dann auch etwas über das Einsatzgeschehen gebracht worden wäre. Aber, vielleicht kommt das ja noch, man soll die Hoffnung nicht aufgeben. Was mich und wahrscheinlich auch viele andere Kolleginnen und Kollegen bei diesem Einsatz interessiert hätte, ist zum Beispiel, wie viele Polizeikräfte waren wirklich eingesetzt, von der Bayerischen Landespolizei, den anderen Länderpolizeien, der Bundespolizei

und der österreichischen Polizei. Von welchen Bundesländern kamen sie, per Auto- oder Bahntransport, wo waren sie eingesetzt, welche Aufgaben hatten sie, wie war der Eindruck der Einsatzkräfte, wie die Unterkunft, wie die Verpflegung, die Aufnahme in der Bevölkerung, wie war die Bevölkerung auf die Polizei zu sprechen? Waren auch Angehörige der Bundeswehr im Einsatz oder in Bereitschaft. Wie kamen die Einsatzkräfte mit der Witterung und ihrer Ausrüstung zurecht? Wie war denn die Versorgung der Kräfte bei den langen Einsatzzeiten, wie wird der Dienstaustausch und die Überstundenanhäufung geregelt. Da gibt es ja unterschiedliche Ausführungen? Weiß man schon etwas über die anfallenden Kosten, und anderes mehr?

Auch wäre es gut, wenn man Stimmen aus der Kollegenschaft zu diesem Einsatz hätte lesen können. Wie war das mit dem Feuerlöscher in Garmisch, wie viele wirkliche Festnahmen gab es, außer den 60 kurzfristig in Gewahrsam Genommenen? Auch die eigentlichen Kontrollergebnisse, die ja hauptsächlich von den Grenzkontrollen der Bundespolizei stammten sind nicht uninteressant, auch wenn sie schon einmal in der Presse dargestellt worden sind. Welchen Eindruck hatten die Kollegen vom SEK aus NRW, die mit ihren Quads auf den Buckelwiesen in Mittenwald und im Bergwald einen Alpin-Einsatz geprobt haben?

Alles in allem muss man die eingesetzten Kräfte beglückwünschen, dass nichts passiert ist, es keine Randalen gab und kein Schaufenster, weder in München noch in Garmisch-Partenkirchen oder sonst wo zu Bruch gegangen sind. Lästereien werden jetzt sagen: „Bei so viel Polizei und so wenig Demonstration ist das keine Kunst“ Nein, das stimmt nicht! Das „bayerische Konzept“ ist aufgegangen. Darauf haben die Vorbereitungsstäbe hingearbeitet. Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die da mitgearbeitet haben. Auch Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die bei Hitze, Sturm und Starkregen ihren Dienst und ihre Aufgaben so toll bewältigt haben.

Fazit: Liebe Redaktion, vielleicht fällt Euch zu diesem G7-Großeinsatz in der nächsten DP-Ausgabe noch etwas anderes dazu ein. Ich wünsche Euch allen weiterhin alles Gute und viel Glück und Erfolg für die GdP.

Heinz Marschoun, Moosburg

Zu: Meinung, DP 7/15

Müsste man bei einem Quiz raten, wer den Leserbrief geschrieben hat: a) Polizist, b) Antifa, c) altlinker Soziologieprofessor – so würde man eher nicht auf Antwort a) tippen. Auch durch scheinbare Negierung kann man seine eigentlichen Gedanken ausdrücken. Mit Begriffen wie „süddeutsche Alpenmonarchie“ und weiteren Schlagwörtern soll wohl der Kollege Klinger und auch seine Heimat Bayern lächerlich gemacht werden. In dem dessen Beitrag als „neurotischer Nonsens“ bezeichnet wird, erhält man auch gleich einen Link auf das Fachgebiet Psychiatrie. Dies ist eine vor allem in linksextremen Kreisen beliebte Methode, den Gegner erst lächerlich zu machen und wenn das nicht reicht, ihn als psychisch gestört hinzustellen. Dabei hat Kollege Klinger die Probleme auf den Tisch gebracht. Herr Thienel wirft ihm nun vor, keine Fakten zu bringen und bringt aber selbst keine; ich nehme an, dass seine Streifenzeit schon lange her ist.

Aber er kann sich ja glücklich schätzen, nicht in Bayern, sondern in seiner Heimat Dienst zu verrichten. Hier ist der Kunde noch König, wer auf Polizisten schießt, braucht nicht mal in U-Haft, weil er nur die Beine getroffen hat, Kölner Jugendrichter sind für ihre Milde gegenüber Komaschlägern bekannt, gewisse Großfamilien freuen sich über „No-go-Areas“. Ich finde den Leserbrief auch unfair gegenüber allen, die im Dienst schon durch Gewalttäter verletzt wurden. Ich möchte aber die DP-Redaktion darum bitten, selbst giftige Leserbriefe ungekürzt zu veröffentlichen, da man Denkverbote und Pressezensur dem linken Rande und selbsternannten Gutmenschen überlassen sollte. **Dieter Frank, Böblingen**

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de





Ratgeber Gefahrenabwehr: Wie Sie Gewalt- und Alltagskriminalität in der Gesellschaft begegnen

„Es scheint ein sich immer wiederholender Kreislauf zu sein: Immer wenn Gewalttaten Aufregung, Empörung und Unsicherheit nach sich ziehen, melden sich mindestens 30 Millionen ‚Sicherheitsexperten‘ zu Wort. Wenn es um Sicherheitsstrukturen oder polizeiliches Handeln geht, dann hat jeder etwas zu sagen. Einfache Bürger, Politiker sowieso. Hauptsache, das Interesse der Medien wird geweckt“, schreibt der ehemalige Innenminister Sachsens Heinz Eggert im Vorwort. Manchmal habe er den Eindruck, dass Fach- und Sachkenntnis in diesen Debatten keinen Platz hätten. „Ohne die wirklichen Hintergründe oder die wirkliche Gefährdungslage zu kennen, werden munter einzelne polizeiliche Maßnahmen bewertet und dabei oftmals als unangemessen oder sogar als undemokratisch diskriminiert“, betont der Staatsminister a. D. und fügt hinzu:

„Und die vielen jungen Polizisten, die in den Einsatz müssen und auf deren Rücken diese Diskussionen ausgetragen werden, stehen all dem staunend und verunsichert gegenüber.“

Es gehe um die Klärung einer übergeordneten und gesellschaftlich im-

mens wichtigen Frage: „Wie schaffen wir es, unsere Gesellschaft in allen ihren Lebensbereichen sicherer und gerechter zu machen? Es geht nicht darum, wie es so mancher meint, leicht durchs Leben zu kommen. Zumindest dann nicht, wenn man sich verantwortlich fühlt. Dann darf das Denken und Nachdenken nicht eingeeignet werden.“



Dieses anfängliche Nachdenken über Sicherheitsstrukturen, über Kriminalität und ihre Ursachen, über die Abwehr von Angriffen und Straftaten setzte der Autor in vielen Fachartikeln fort, wie Eggert hervorhebt. „In diesem Rahmen machte er Disziplinen übergreifend wissenschaftliche Erkenntnisse nutzbar, um eigenes Erleben, Konflikte und Sachverhalte zu beschreiben, Ursachen herauszuarbeiten und Lösungsvorschläge anzubieten. Sein vorliegendes Buch kann man, so denke ich, als Lexikon der Kriminalität beschreiben. Ein Praktiker schreibt für Praktiker und Betroffene.“ **red**

Gefahrenabwehr: Wie Sie Gewalt- und Alltagskriminalität in der Gesellschaft begegnen, Meltzer, Steffen, ibidem Sachbuch, 2015, 304 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-8382-0765-0



Nr. 9 • 64. Jahrgang 2015 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung**
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015



Druckauflage dieser Ausgabe:
178.467 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto: Arne Dedert/dpa

Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld





engelbert strauss
enjoy work.

- der trendführende Markenhersteller für Berufsbekleidung und Arbeitsschutz.



Warnschutz-Weste e.s.motion

Nach DIN EN ISO 20471:2013 Klasse 1.

- hochwertige Reflektoren aus 3M Scotchlite®
- hoher Stehkragen
- durchgehender Zipper
- Napoleontasche
- zwei Längstaschen mit Reißverschluss und Zipper
- zwei Innenfächer

Material: 85 % Polyester / 15 % Baumwolle (ca. 318 g/m²).

Waschbar bei 60 °C.

Farbe: warngelb/anthrazit.

Mit Transferdruck: GdP-Stern auf Brust und Rücken.

Polo-Shirt e.s. classic

- klassischer Stil
- hochwertige Qualität
- langanhaltende Farbbrillanz
- gekämmte, hochwertige Baumwolle
- 3-fach Knopfleiste
- Nackenband

Material: 100 % Baumwolle (ca. 200 g/m²).

Waschbar bei 60 °C.

Farbe: schwarz.

Mit Transferdruck: GdP-Stern auf der Brust, GdP-Stern und Schriftzug auf dem Rücken.

Gewerkschaft
der Polizei

e.s. T-Shirt

- gekämmte, hochwertige Baumwolle
- Rundhals-Ausschnitt
- Nackenband
- Doppelnähte an Kragen, Schultern und Arm-ausschnitt
- langanhaltende Farbbrillanz

Material: 100 % Baumwolle (ca. 195 g/m²)

Waschbar bei 60 °C.

Farbe: schwarz.

Mit Transferdruck: GdP-Stern auf der Brust, GdP-Stern und Schriftzug auf dem Rücken.



Letzter Bestelltermin: 30.09.2015 – Lieferzeit ca. 14 Tage, da Produkte individuell gebrandet werden. Kein Umtausch möglich.

Größen-/Artikeltabelle	XS	S	M	L	XL	2XL	3XL	4XL	5XL	6XL	7XL
Warnschutzweste	–	120500	120501	120502	120503	120504	120505	120506	120507	–	–
VK Preise		77,40 €	77,40 €	77,40 €	77,40 €	83,45 €	83,45 €	86,80 €	86,80 €		
VK Preise		96,75 €	96,75 €	96,75 €	96,75 €	104,30 €	104,30 €	108,50 €	108,50 €		
T-Shirt	–	121500	121501	121502	121503	121504	121505	121506	121507	121508	121509
VK Preise		26,95 €	26,95 €	26,95 €	26,95 €	27,95 €	27,95 €	28,45 €	28,45 €	28,95 €	28,95 €
VK Preise		33,70 €	33,70 €	33,70 €	33,70 €	34,95 €	34,95 €	35,60 €	35,60 €	36,20 €	36,20 €
Polo-Shirt	122500	122501	122502	122503	122504	122505	122506	122507	122508	–	–
VK Preise	39,95 €	39,95 €	39,95 €	39,95 €	39,95 €	41,95 €	41,95 €	42,95 €	42,95 €		
VK Preise	49,95 €	49,95 €	49,95 €	49,95 €	49,95 €	52,45 €	52,45 €	53,75 €	53,75 €		

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.



Stiftung Warentest	Sehr gut (1,2)
Finanztest	Tarif B501 für Beamte
	Im Test: 24 Angebote für Beamte
	Ausgabe 05/2014
	www.test.de

14BZ76

Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Polizisten

Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:

- Stabile und günstige Beiträge für Polizisten und Polizeianwärter
- Geld zurück: aktuell vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Polizeianwärter erhalten sogar sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gerne:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

Oder rufen Sie direkt an: Telefon 09561 96-98221

